

Wöchentlich 85 Pf. monatlich 2,60 M.
(davon 65 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf.
Verwaltungs- und 72 Pf. Postbefrei-
gungen. Auslandsabonnentent 6,- M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postzuschuss 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Multiverteilung Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Beruspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. P. u. Disc.-Ges., Depostenk., Jerusalemstr. 65/66.

Donnerstag
17. September 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig. Anzeigenpreise 50 Pf.
Reklameweile 5,- M. „Kleine An-
zeigen“ das fertige Wort 25 Pf.
(zuletzt zwei fertige Worte), jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 16. Tarif.
Stellengrübe das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
13 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3. mög-
lichst von 6/ bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Wählung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Englische Flotte streift. Protest gegen die Goldfözung. — Die Regierung lenkt ein.

London, 16. September.

Die Seeleute der atlantischen Flotte sind, wie der „Star“ meldet, in den Streik getreten. Ob der in den englischen Berichten gebrauchte Ausdruck „Streik“ der Gehorsamsverweigerung gleichzusetzen ist, ist eine noch unbeantwortete Frage. Auf dem Linienschiff „Rodney“ weigerte sich die Mannschaft, die Boote, die den Verkehr zwischen Schiff und Land unterhalten, zu besetzen. Auf dem Kreuzer „Hort“ hat am Dienstag nacht, nachdem im Schiff „Nicht aus“ geschiffen war, eine geheime Versammlung der Mannschaft stattgefunden, in der beschlossen wurde, sich dem Streik anzuschließen. Die Streikbewegung ging am Dienstag von den Linienschiffen „Rodney“ und „Wallant“ aus und verbreitete sich schnell auf die anderen Schiffe der Flotte.

Die Großkampfschiffe „Hood“, „Malaya“, „Repulse“, „Warspite“ und die Kreuzer „Dorsetshire“, „Norfolk“ und „Exeter“ sind ebenfalls von der Streikbewegung ergriffen. Die Mannschaften haben sich zwar noch keine Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, jedoch ist die Lage sehr gespannt. Die Matrosen erklären, sie würden auf ihrer Gehorsamsverweigerung bestehen, wenn die Admiraltät ihre Forderungen nicht erfüllt.

Bei der Versammlung in der Landkantine in Invergordon am Sonntagabend wurde das sozialistische Lied von der „Roten Fahne“ gesungen. Auf einigen Schiffen ist der Streik nicht einheitlich, und ein Teil der Mannschaften tut seinen Dienst. Am schärfsten wird der Streik auf dem Linienschiff „Rodney“ durchgeführt, wo die Verbindungsboote von Seefoldaten besetzt werden mußten. Die Verbindung auf dem Kreuzer „Hort“ wurde ganz im Geheimen veranfaßt. Ein Boot ging im Dunkeln von Raum zu Raum und stärkte den Mannschaften zu, daß sie zu der Versammlung im Vorschiff kommen sollten. Auf anderen Schiffen spielten sich in der Nacht zum Mittwoch ähnliche Vorgänge ab.

Die „Evening News“ meldet, daß aus den Schornsteinen der Schiffe kein Rauch aufsteigt, da die Feuer gelöscht seien. Die Seizer hätten die Arbeit niedergelegt. Von Land aus könne man keine Bewegung an Bord sehen. Die Mannschaften verhielten sich, soweit man es beobachten könne, außerordentlich still. Bei Morgengrauen sollen sich, wie der „Evening Standard“ meldet, mehrere hundert Mann des Linienschiffes „Rodney“ um den Geschützturm herum versammelt haben. Sie hätten einen Gassenhauer ge-

sungen und einer von ihnen habe mit lauter Stimme gerufen, ob die Mannschaften etwa eintütigt seien. Die Besatzung des in der Nähe liegenden Schlachtkreuzers „Hood“ habe laut mit „Nein“ geantwortet und dieser Ruf sei durch die ganze Flotte gegangen. Die an Bord der Kriegsschiffe eingeschiffen Seefoldaten hätten sich an den Kundgebungen der Matrosen und Seizer nicht beteiligt.

Die Matrosen haben Erfolg.

Englische Regierung gibt nach. — Milderungen versprochen.

London, 16. September. (Eigenbericht.)

Die Unruhen in der englischen Flotte beschäftigten am Mittwoch das Unterhaus. Der erste Lord der Admiraltät, Kusten Chamberlain, erklärte dazu, daß die Beschwerden über gewisse Härten der Goldfözungen ernstlich geprüft würden. Die Schiffe würden in ihre Heimathäfen zurückkehren, wo die Untersuchung stattfinden solle. Die Regierung habe die Vorschläge zur Milderung der erwähnten Härten gebilligt.

Die Regierung gibt also nach und ist bereit, einen nicht unwesentlichen Bestandteil ihres Notprogramms aufzugeben. Das haben die Matrosen erreicht. Mit Recht werden jetzt andere, ähnlich schwer von dem Notbudget betroffene Schichten der Bevölkerung sagen, daß die Druckmittel der Flotte sich wirksamer erwiesen haben als die parlamentarischen Einsprüche z. B. der Lehrer, deren Gehaltsfözungen ebenfalls besonders hart empfunden werden.

Was sich in der englischen Flotte in den letzten Tagen abgespielt hat, ist ein in der Geschichte der englischen Flotte noch nicht dagewesener Vorgang. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es sich keineswegs um eine Meuterei oder um eine politische Bewegung gehandelt hat. Es war eine reine Lohnbewegung. Die Beschwerden sind ordnungsgemäß an die Offiziere weitergeleitet worden, die, selbst von der Kürzung betroffen, sie mit Sympathie aufgenommen haben.

Arbeiterrepublik Spanien!

Beschluß des spanischen Parlaments.

Paris, 16. September.

Wie Sabas aus Madrid berichtet, hat das spanische Parlament heute nach einer Rede des Sozialisten Aragonista mit 170 gegen 152 Stimmen beschlossen, Spanien zu einer „Arbeiterrepublik“ zu erklären.

Ein Arbeitsloser für Millionen.

Wann wird die in Deutschland verantwortliche Reichsregierung endlich handeln?

Täglich erhalten wir Verzweiflungsbriefe von Arbeitslosen, die das Elend und den seelischen Druck der Erwerbslosigkeit nicht mehr aushalten. Nur diesen einen, der erschütternd muß, drucken wir heute ab. Wir geben ihn weiter an den Reichstanzler Brüning und seine Minister.

„Als Genosse trete ich an Sie mit der Bitte heran, mir endlich eine konkrete Auskunft über die Lösung der Arbeitslosenfrage zu erteilen. Diese brennendste Tagesfrage, die man durch Berichtigungen und schöne Reden nicht aus der Welt schaffen kann. Vorschläge zur Lösung liegen genügend vor (zum Beispiel Arbeitsaufstellung). Warum geschieht nichts, warum will man den Kapitalisten nicht mehr tun? Wo es doch die höchste Zeit wäre. Sollen wirklich Millionen verhungern, sollen wirklich Millionen dauernd aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden? Es ist ein trauriges Leben. Jugend ohne Zukunft. Man steht alle an das Leben gestellten Erwartungen und Hoffnungen wie Wasser im Sieb verfließen, man ist verurteilt, ein Hundeleben zu führen. Schon ein Jahr bemühe ich mich, als Techniker eine Stellung zu finden; alles vergebens. Das Resultat: abgerissen, ewig Hunger und Schanden, was das Schlimmste, keine Aussicht auf eine Aenderung.“

Ich bitte Sie höflichst, mir die gewünschte Auskunft zu erteilen und nicht das Schreiben sofort in den Papierkorb zu werfen, denn unter diesen Verhältnissen, wenn nichts geschieht, ist das Leben schließlich zu schade, um es zu leben.“

Wir werfen den Notschrei dieses Mannes nicht in den Papierkorb. Wir reichen ihn der Regierung weiter und stellen sie vor die Frage ihrer Verantwortung. Es muß wahr sein, daß man in der Reichsregierung vor den Kapitalisten

Angst hat. Die 40-Stunden-Woche, die Wechselarbeit des Krumpersystems sind ganz klare und gangbare Wege, der größten seelischen und materiellen Not sofort ein Ende zu machen. Die Regierung hat alle Ermächtigungen dazu. Sie nimmt das Notverordnungsrecht für viel geringere Dinge in Anspruch als die Binderung der Arbeitslosennot. Die Reichsregierung hat noch nichts getan. Wie lange soll das weitergehen?

Vor neuen Verordnungen.

Zunächst Bankenaufsicht und Aktienrechtsreform. — Dann Winterprogramm.

Die Reichsregierung trat am Mittwochnachmittag zu einer längeren Kabinettsitzung zusammen, die um 8 Uhr unterbröchen und dann bis in die späten Abendstunden weitergeführt wurde. Erörtert wurden Probleme, die in zwei Notverordnungen zusammengefaßt der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen, und zwar dürfte die eine noch in dieser Woche, die andere kaum vor Ende der nächsten Woche bekanntgegeben werden.

In der noch in dieser Woche zu erwartenden Verordnung werden die Aktienrechtsreform, die Bankaufsicht und die Justizverbilligung behandelt. Die andere später zu erwartende Verordnung dürfte ein Winterprogramm mit umfassenden Notstandsarbeiten umfassen.

Gerechtigkeit für Polizeibeamte!

Ein Wort zu den Vorgängen am Kurfürstendamm.

Von Albert Grzesinski.

Die Vorkommnisse am Kurfürstendamm am vergangenen Samstag, die üblen Ausschreitungen der Nationalsozialisten gegen eine religiöse Minderheit haben den Protest aller anständigen Deutschen, wo auch immer politisch sie stehen mögen, hervorgerufen. In der Tat verdienen die planmäßigen Ueberfälle auf jüdische Gottesdienstbesucher eine besondere Beachtung und heben sich aus den leider zahlreichen politischen Gewalttaten der letzten Zeit besonders ab. Denn wo auch immer politische Verwilderung politische Ausschreitungen hervorgerufen hat, waren es politische Gegner, die aus festgefügt politischen Meinungen heraus, besser wohl gesagt aus politischen Vorurteilen, sich Gewalttaten gegenseitig zufügten. Hier aber handelt es sich darum, daß sich die Gewalttaten gegen eine Gruppe von Staatsbürgern richtete, deren politische Ueberzeugung im einzelnen keineswegs feststeht, die keine andere Verbundenheit als die der religiösen und Rassen-Gemeinschaft kennt, die also auch nicht politisch organisiert ist, über keine streitbaren Wehverbände verfügt und nichts anderes getan hat, als ein elementares staatsbürgerliches Recht, das Recht auf gemeinsame weltanschauliche Betätigung in Anspruch zu nehmen. Besonders übel sind diese Dinge, wenn man ihre politischen Auswirkungen betrachtet. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nichts so sehr das kulturelle Ansehen eines Volkes schädigt, wie der Verdacht, daß die an sich schon bedauerliche politische Verbeugung zu weltanschaulicher und religiöser Verfolgung noch weiter entartet.

Man hätte nun erwarten sollen, daß die gesamte Öffentlichkeit in der entschiedenen Beurteilung all dieser Vorkommnisse sich einigte, und daß die verantwortlichen Urheber der Kurfürstendamm-Ausschreitungen die entsprechend scharfe öffentliche Kritik erfahren würden. Das ist überraschenderweise nur zum Teil geschehen, indem recht große Berliner Zeitungen zwar auch selbstverständliche Bemerkungen der Beurteilung gegen die Nationalsozialisten richteten, im übrigen aber die Hauptwucht ihrer kritischen Angriffe gegen die Polizei lenkten. Dieses Verhalten ist kein Einzelfall mehr, denn seit geraumer Zeit muß man immer wieder beobachten, daß ein nicht unerheblicher Teil der Presse je nach ihrer Einstellung das Verhalten der Polizeibeamten bei bestimmten Ereignissen entweder als zu lax oder als zu scharf bezeichnet, niemals aber anerkennt, wie sehr die Polizeibeamtenschaft aller Dienstgrade unter Einfaß ihres ganzen Könnens und unter den größten Anstrengungen das Menschenmögliche zu leisten bemüht ist. Es scheint, das muß leider gesagt werden, bei manchen öffentlichen Kritikern das Gefühl dafür verlorengegangen zu sein, daß auch der Polizeibeamte ein Mensch ist. Es muß den Wert der öffentlichen Kritik außerordentlich vermindern, wenn sie sich stets widerspricht und willkürlich je nach Parteinehmer ein zu scharfes oder zu nachgiebiges Auftreten der Polizeibeamten rügt. Eine solche Kritik wirkt zudem verbitternd — wie sollte es anders sein — und erweckt in den Beamten das Gefühl, daß sie es nie rechtmachen können, geschehe, was da wolle. Wenn nun eine derartige Kritik vielfach ohne rechte Ueberlegung auch in Blättern erscheint, die sich zum heutigen Staate bekennen, so ist die Wirkung um so unerfreulicher.

Was die Vorgänge am Kurfürstendamm selbst angeht, so hatten die meisten Zeitungen unter dem frischen Eindruck des Ereignisses zunächst geschildert, daß das Eingreifen der Polizei im ganzen rechtzeitig und sachgemäß erfolgt sei. Späterhin aber wurde diese Darstellung geändert und erging sich in lebhaften Klagen über das angeblich nicht rechtzeitige und unentschlossene Verhalten der Polizei. Was ist nun richtig?

Richtig ist nur eins: daß nämlich beim ersten Auftauchen der nationalsozialistischen Demonstranten die zunächst verfügbaren beweglichen Reserven sofort eingesetzt wurden, und daß, als weitere Verstärkung notwendig war, diese umgehend und unter Einfaß von Kraftwagen herangeschafft wurde. Die Kritiker, die sich hiermit nicht zufriedengeben wollen, müssen nun schon die Ansicht vertreten, daß die Polizei bereits dann da zu sein habe, wenn eine Straftat erst begangen wird. Das ist, mit Verlaub zu sagen, eine Zumutung, die man nur an eine mit übernatürlichen Kräften ausgestattete Polizei noch stellen darf. Die Polizei kann nun ihre Kräfte nur dann einsetzen, wenn sie entweder durch irgendwelche Umstände vorher vom Begehen einer Straftat unterrichtet ist, und das ist naturgemäß nur in den wenigsten Fällen der Fall; in den anderen Fällen aber erst dann, wenn Straftaten wirklich ge-

Untersuchung über den Putsch.

Die Schwerindustrie bloßgestellt.

Wien, 16. September. (Eigenbericht.)

Das christlich-sozial „Weltblatt“ erklärt gegenüber den Behauptungen einzelner Blätter, nach denen die Regierung gegen alle Selbstschußformationen vorzugehen plane, daß davon keine Rede sein könne. Wohl aber müßten die radikalen Heimwehrorganisationen in Steiermark aufgelöst werden. Die schuldigen Heimwehrführer würden, wie die Regierung ankündigt, streng bestraft werden. Man würde auch nicht vor der Verfolgung der Führer zurückweichen, weil etwa einzelne einflussreiche Politiker kompromittiert werden könnten.

In Wien wurden am Mittwoch bei Hausdurchsuchungen viele Aufzeichnungen und Briefe gefunden, die wertvolles Material über die Zusammensetzung, Bewaffnung und die Pläne der steierischen Heimwehr zutage förderten. In den Plänen der Putschisten spielt auch die Wiener Heimwehr eine große Rolle. Sie sollte sich in Amstetten mit der oberösterreichischen Heimwehr vereinigen. Starhemberg hatte zu diesem Zweck am Sonntag eine größere Abteilung bewaffneter Heimwehrleute auf Automobilen nach Amstetten entsandt. Der Plan der Vereinigung wurde jedoch vereitelt.

Unter den Heimwehrleuten ist jetzt wegen der Schuld an dem Mißlingen des Putsches ein Streit ausgebrochen. Die einen geben Starhemberg die Schuld, weil er mit der Durchführung des Putsches zu lange gezögert habe. Andere erklären, daß sich die Hoffnungen Pfrimers, er könne ganz Steiermark mit sich reißen, nicht erfüllten hätten.

Die Schwerindustrie bloßgestellt.

Wien, 16. September. (Eigenbericht.)

Das Heeresministerium teilt mit, daß der größte Teil der Truppen, die am Sonntag in das Putschgebiet entsandt worden waren, inzwischen in ihre Garnisonen zurückgekehrt sind. Nur das Murial ist noch teilweise mit Truppen besetzt.

In Steiermark wurden die Hausdurchsuchungen am Mittwoch fortgesetzt. In Donawitz wurden

mehrere höhere Beamte der Alpinen Montangesellschaft verhaftet.

(Die Alpine Montangesellschaft ist überwiegend im Besitze des Stahlverbandes, das heißt der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. So wie in Deutschland haben die Schürmacher des Ruhrgebietes die gelbe Heimwehrbewegung in Steiermark finanziell großzügig gefördert. Red. d. „W.“) In Graz wurden ein Refe des Komponisten Kinzel, zwei Oberleutnants und zwei Hauptleute, sowie

drei Heimwehrleute, darunter der Landtagsabgeordnete der Heimwehr, der Kaufmann Kammerhofer, festgenommen. Seine Verhaftung wird damit begründet, daß er auf frischer Tat erwischt wurde. Der Landesstaabschef der steierischen Heimwehren, Major a. D. Gallian, gegen den ebenfalls Haftbefehl erlassen ist, hat bereits am Sonntagmittag, als er sah, daß der Putsch erfolglos bleiben würde, das Weite nach Ungarn gesucht.

In Seegraben bei Bruck wurde ein großes Waffenlager der Heimwehr entdeckt. Etwa 150 Gewehre, 100 Bajonette und große Mengen Munition wurden beschlagnahmt.

Pfrimer möchte nach Italien.

Wien, 16. September. (Eigenbericht.)

Entgegen den Behauptungen, daß Pfrimer Jugoslawien bereits verlassen und nach Italien geflüchtet sei, wird aus Marburg von amtlicher jugoslawischer Seite mitgeteilt, daß sich der Putschist noch in Marburg bei seinem Bruder aufhalte. Er habe sich am Dienstag nach Laibach begeben, um dort das italienische Visum zu erhalten. Es sei ihm bisher aber noch nicht erteilt worden. Pfrimer habe sich verpflichten müssen, sich jeder politischen Agitation zu enthalten. Ueber sein weiteres Schicksal sei noch nichts entschieden.

Der Druck der internationalen Sozialreaktion auf Oesterreich.

Genf, 16. September. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen über eine Völkerbundsanleihe für Oesterreich, die am Dienstag und Mittwoch im Finanzkomitee geführt wurden, sind ins Stocken geraten. Das Komitee hat dem österreichischen Bundeskanzler Buresch während der Besprechungen für die österreichische Verwaltung eine Reihe von Sparmaßnahmen vorgeschlagen. Buresch gab daraufhin einen Ueberblick über die bereits eingesparten Summen, lehnte aber die Forderung auf stärkere Herabsetzung der Sozialausgaben ab. Die Verhandlungen werden zunächst in einem Unterkomitee fortgesetzt und zwar unter Zugrundelegung des neuen österreichischen Vorkontrahes.

Die Völkerbundsanleihe für das Saargebiet wurde im günstigen Sinne entschieden. Ein technisches Komitee wird ihre Bedingungen ausarbeiten. Ueber die Frage der Finanzhilfe für Ungarn fand eine einstündige Aussprache statt, die aber noch zu keinem greifbaren Ergebnis führte.

schehen sind. Es liegt in der Natur der Sache, daß in den meisten Fällen die Polizei erst nach geschehener Tat eingreifen kann; eine Selbstverständlichkeit, wie man meinen sollte, die jedoch von manchen Kritikern aus unerfindlichen Gründen nicht anerkannt wird.

Es kann nicht zugegeben werden, daß bei anderen Maßnahmen die Ausschreitungen am Kurfürstendamm rascher hätten unterdrückt werden können, denn sie sind rasch unterdrückt worden und mit durchgreifendem Erfolg. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die Unterdrückung der Ausschreitungen am Kurfürstendamm leicht mehr Zeit hätte in Anspruch nehmen können, denn zur gleichen Stunde waren ja erhebliche Kräfte der Polizei bei verschiedenen Stadionfest der Reichswehr. Dennoch ist es gelungen, in Knapp einer Stunde alle Demonstranten zu zerstreuen, ihre Leitung festzunehmen und überdies 60 Personen zwangsgewaltig, die mit den Ausschreitungen mehr oder weniger direkt zu tun hatten.

Meine Pflicht ist es, einmal offen auszusprechen, daß die Polizeibeamtenschaft in Berlin unter Ausbietung aller Kräfte fast bis an die Grenze des überhaupt noch Möglichen arbeitet, und daß sie deshalb auf eine gerechtere Würdigung ihrer Arbeit allen Anspruch hat. Es muß einmal in diesem Zusammenhang an die Häufung der politischen Massenveranstaltungen erinnert werden, die trotz der Einschränkungen, die die Notverordnungen gebracht haben, nach wie vor die gesamte Beamtenschaft unter Atem halten. Es ist weder möglich, noch angängig, das politische Leben in diesen Notzeiten einfach auszuschalten, und so bleibt denn die Tatsache, daß zum Beispiel die riesigen Sportpalast-Veranstaltungen, die fast beispiellose Anforderungen an die Beamtenschaft stellen, ein kaum abzuschätzendes Maß an aufreibender Arbeit für alle beteiligten Polizisten mit sich bringen. Es kommt hinzu, daß es nicht nur um den Sportpalast geht, sondern daß fast alle Stadtteile ihre eigenen Zentren des Versammlungslebens und der politischen Auseinandersetzung haben, wodurch nicht nur die Arbeitskraft und die manchmal reichlich angespannte Geduld, sondern auch die Bewegungsfähigkeit der Polizei in kaum vorstellbarer Weise in Anspruch genommen wird. Ich sage nicht zu viel, wenn ich sage, daß zahlreiche Beamte manchmal tagelang kaum aus den Kleidern herauskommen. Wer alle diese Umstände würdigt, wird ihnen verdiente Anerkennung nicht versagen. An die Presse und an die ganze Bevölkerung ergeht deshalb mein dringender Ruf: Mehr Gerechtigkeit für Polizeibeamte!

Curtius wehrt sich.

Eine deutsche Abfuge an Dingeldey.

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, hat kürzlich an den Reichsaußenminister nach Genf einen Brief gerichtet, der Curtius darüber unterrichtete, daß die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion gegen sein weiteres Verbleiben im Amt ist. Der Reichsaußenminister hat auf diesen Brief telegraphisch geantwortet, daß er sich ausschließlich dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung verantwortlich fühle.

Vor Dezember nichts zu erwarten!

Hoover, die Bankiers und die Verlängerung des Freijahres.

Washington, 16. September.

Gegenüber täglichen Pressemeldungen über die Absichten der amerikanischen Regierung zur Reparationsfrage wird aus besserer Quelle erneut festgestellt, daß weder ein positiver Schritt noch eine offizielle Äußerung hierüber vor Beginn des Kongresses im Dezember zu erwarten ist. Bekannt ist und nicht demontiert wird die Tatsache, daß von New-Yorker Bankiers ein starker Druck auf das Weiße Haus ausgeübt wird, baldigst die Verlängerung des Hoover-Moratoriums anzukündigen. Fest steht, daß die Regierung es ablehnt, diese Vorschläge und Anregungen zu diskutieren, bevor der Hoover-Plan vom Kongreß ratifiziert und seine Wirkung auf Deutschlands Finanzlage hinreichend erprobt ist.

Frankreich hilft Jugoslawien.

Paris, 16. September. (Eigenbericht.)

Wie die „Liberté“ meldet, hat Jugoslawien, dessen Staatshaushalt durch die Ausführung des Hoover-Planes vollkommen aus dem Gleichgewicht gebracht wurde, von Frankreich eine bedeutende „finanzielle Unterstützung“ erhalten. Die Höhe der Unterstützung, die Jugoslawien wahrscheinlich in Form einer Anleihe zuteil wurde, ist hier nicht bekannt.

Amerikanischer Handelsattaché optimistisch.

New York, 16. September.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Washington, hat der amerikanische Handelsattaché in Berlin, Douglas Miller, heute dem Handelsdepartement durch Funkpruch mitgeteilt, daß die finanzielle Lage Deutschlands mehr und mehr normal werde. Wenn es auch noch nicht möglich sei, die Auswirkungen der Finanzkrise des vergangenen Juli richtig abzuschätzen, so bleibe trotz aller Schwierigkeiten doch die gesunde Grundlage der deutschen Wirtschaft unberührt.

Diese Feststellung des amerikanischen Handelsattachés ist gewiß erfreulich und geeignet, das Vertrauen der USA in die deutsche Kreditwürdigkeit wiederherzustellen. Freilich wäre es äußerst bedenklich, wenn die amtlichen Kreise in Washington sich dadurch zu der Schlussfolgerung verleiten ließen, daß sich das eine Hoover-Freijahr bereits auswirkte, und daß es daher nicht mehr nötig sei, es zu verlängern. Das würde eine gefährliche Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse bedeuten. Richtig ist, daß sich Deutschlands Lage gegenüber der Juli-Katastrophe wieder erheblich gebessert und gestärkt hat. Aber eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen im Sommer 1932 erscheint nach wie vor schlichtestdingbar.

Gemeingefährliche Irre.

In die politische Sphäre verschlagen.

Der auf die Spitze getriebene Rationalismus endet im Wahnsinn. Dieser Wahnsinn ist keine Privatangelegenheit der Betroffenen, er ist gemeingefährlich. Wir finden eine solche Zuspitzung in der Schrift „Politik deutschen Widerstandes“, die von der sogenannten Widerstandsbewegung der Splittlerorganisation von Ernst Krieger herausgegeben wird. Dort lesen wir:

„Vermutlich hängt die deutsche Schicksalswende daran, ob sich genug vorwegene Gesellen finden, vielleicht in östlicher Emigration leben, die nichts zu verlieren haben und von keiner anderen Leidenschaft wissen als von der Leidenschaft deutscher Freiheit. Vielleicht finden sie in rebellischen Staaten des halbasiatischen und asiatischen Ostens Hilfe zur Errichtung von Fremdenlegationen, zu denen deutsche Jugend strömen möge. Von jenseits der deutschen Grenzen her mögen diese entschlossenen Männer aisdann ihre Unternehmungen in Gang bringen. So steht die deutsche Regierung, so steht das deutsche Volk selbst außerhalb der Verantwortung. Private Kriegshandlungen sollen sie organisieren; in einer Zeit allgemeiner Privatisierung hat der nationale Mann, der das Lebensrecht seines Volkes um keinen Preis aufgeben will, das grundsätzliche, politische, moralische und göttliche Recht, auch den Daseinskampf seines Volkes in privaten Formen zu führen. Die Privatisierung des Tribunjochs rechtfertigt rein durch sich die Privatisierung des Kampfes gegen dieses Joch. Glücklicherweise erlauben die Fortschritte der Technik und Wissenschaft (Flugzeugwesen, Chemie und Bakteriologie) eine solche Privatisierung des Krieges.“

Das ist nationalstiller Anarchismus! Er will Mörder, die mit Flugzeugbomben, mit Gift- und Pestbazillen auf systematischen Nordauszügen sollen. Solche Empfehlung ist ebenso verbrecherisch wie das Verbrechen selbst, zu dem sie anreizt. Die Empfehlung erfolgt unter der Ueberschrift „Alles ist erlaubt“ und führt ein kleistisches Motto: „Schlagt ihn tot, das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht!“

Man bedenke, was eine solche Veröffentlichung für das deutsche Volk in einer Zeit bedeutet, die durch die Eisenbahnkattentate von Zückerberg und Budapest erregt ist, man erwäge, welche hasserfüllten Angriffe gegen Deutschland dieses wahnwichtige Geschwätz impotenter Literaten nach sich ziehen muß, die niemals ernsthaft das tun würden, was sie anderen empfehlen. Gemeingefährliche Irre gehören in Verwahrung. Man stecke diese gewissenlosen Schwärmer ins Irrenhaus, um das deutsche Volk vor ihnen zu schützen!

Ein Wort zum Fall Devaheim.

Reinlichkeitsgefühl in der evangelischen Kirche.

Ein evangelischer Pfarrer schreibt uns: In dem Aufsatz „Devaheim-Sparer und Kirche“ in Nr. 417 des „Berliner Tageblatt“ sucht Herr Superintendent Schowalter die Kirche, d. h. den Evangelischen Oberkirchenrat, „herauszuputzen“. Seine Ausführungen sind richtig, wenn man die Kirche nur als ein rein rechtliches Institut ansieht. Gewiß ist sie das. Aber ist die Kirche nicht doch noch mehr? Und erfordert dieses „mehr“ nicht, daß sämtliche Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrats und des Zentralschulrates der Inneren Mission sofort ihre Ämter niederlegen oder, um nicht so hart zu sein, auf die Hälfte ihrer Gehälter zugunsten der betrogenen Sausparer verzichten? Und haben denn die 15 000 evangelischen Pfarrer in Deutschland kein Empfinden dafür, daß die „Kirche“, d. h. die oberste Kirchenbehörde und der Vorstand der Inneren Mission, hier ein Verbrechen begangen haben, das hundert Jahre Predigen nicht beseitigen werden? — Nicht ein Wort stand in ihrem Verbandsblatt, dem Deutschen Pfarrerverband, über diesen Devaheim-Standal. Zu vertuschen ist doch nichts mehr.

Starr im Unrecht.

Ein Gnadengesuch namhafter Juristen für Frieders abgelehnt

Das Thüringer Kabinett hat ein neues Gnadengesuch für den ehemaligen Oberstaatsanwalt Frieders abgelehnt. Das Gesuch war von einer Reihe namhafter Juristen eingereicht worden. Der Fall Frieders ist als trauriges Beispiel eines ausgesprochenen Fehlurteils inzwischen in die wissenschaftliche juristische Literatur eingegangen, aber die Thüringer Regierung hält nach wie vor daran fest, daß die Beurteilung von Frieders wegen fahrlässigen Falschheides zu Recht erfolgt sei. Dies starre Festhalten an einem Fehlurteil und selbst die Verweigerung eines Gnadenbewerbes für das Opfer wird ebenso in die Geschichte der Justiz eingehen — nicht zum Ruhme der Verantwortlichen.

Rüchenthal gegen den „Vorwärts“.

Braunschweigische Regierung stellt Strafantrag gegen uns.

Braunschweig, 16. September.

Minister Dr. Rüchenthal erklärte heute im Landtag während der Aussprache über die Wohnungsbaumaßnahmen der Regierung, er habe gegen den „Vorwärts“ und andere Blätter, die ihn im Falle der Braunschweiger Wohn- und Zweckbaugesellschaft der Korruption beschuldigt hätten, Strafantrag gestellt.

Der „Vorwärts“ hat den Minister Rüchenthal nicht der Korruption bezichtigt, er hat lediglich im Rahmen einer auf einen Bauandal zielenden Notiz eine Bemerkung veröffentlicht, daß Rüchenthal der Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. Hauszinssteuermittel bewilligt habe.

Grimme und die Junglehrer.

Hilfsmassnahmen für die preussischen Junglehrer und Jungphilologen. — Besprechung beim Unterrichtsminister.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Kultusminister für Donnerstag, den 17. September, die Vorsitzenden der Lehrerverbände zu einer Besprechung eingeladen, deren Gegenstand die Hilfsmassnahmen für die vom Abbau bedrohten Junglehrer und Jungphilologen sein werden.

Mordheze eines Pfarrers.

Die evangelische Kirche und das Haltenkreuz.

Glückstadt, 16. September. (Eigenbericht.)

Wie stark sich die evangelische Kirche in den Dienst der Hitler-Partei stellt, zeigte eine hier abgehaltene Naziverammlung, in der nach General Sigmund ein evangelischer Pfarrer sprach und u. a. erklärte:

„Hinter jedem ermordeten SA-Mann sehen wir nicht den Mordmörder, sondern das Gesicht des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, den wir in unser Herz eingraben. Und es wird der Tag kommen, wo wir den Herrgott im Himmel bitten: vergib, daß wir das Gebot der Nächstenliebe überschreiten mußten.“

Diese Äußerungen enthalten eine Aufforderung zu einem Mordakt und bedeuten zugleich eine Gotteslästerung. Bisher aber hat man nichts davon gehört, daß sich die zuständige Aufsichtsbehörde der Sache angenommen hätte.

Häuser im Sand

Zum Kapitel Wohnlaubenbau in Berlin

Es ist im „Vorwärts“ schon darauf hingewiesen worden, daß der große Siedlungsplan der Reichsregierung noch ausreichender Abänderung bedürftig, sollen nicht aus den arbeitslosen Industrieproletariern hungernde Landproletarier werden. Wie den Erwerbslosen wirklich geholfen werden kann, zeigen die zahllosen Laubenkolonien, die sich wie ein Kranz um die Riesenstadt ziehen. Es ist notwendig, die Organisationen dieser Kleinsiedler zu hören, damit bei dem Großsiedlungsplan Fehler vermieden werden, die sich zum Schaden der Hilfsbedürftigen auswirken.

Die wirtschaftliche Unsicherheit der letzten Jahre hat in der Hauptsache dazu beigetragen, daß der Großstadtmensch, ohne sich ganz von Berlin zu trennen, der Stadt den Rücken kehrt. Eine rege Siedler-tätigkeit setzte ein. Man kann nach jeder Richtung hin aus Berlin hinausfahren, um überall auf den Freiflächen ein eifriges Parzellieren, ein Bauen und Buddeln vorzufinden, dessen Bedeutung in diesen Ausmaßen noch gar nicht richtig gewürdigt worden ist.

Sicherlich sind es nicht nur spekulative Gründe, die den kleinen Sparrer und Besitzer von einigen tausend Mark veranlassen, das Geld in einem Grundstück anzulegen. Auch die Wohnungsnot, das Steigen der Mieten, der Verfall des Wohnraums und vieles andere sind schuld daran, daß sich der städtische Mieter nicht mehr wohl fühlt und sich gesünderen Prinzipien zuwendet. Es ist der natürliche Instinkt der Menschen, der ihnen sagt, es ist entschieden besser, auch unter bescheidenen Ansprüchen draußen auf einem eigenen Grundstück zu wohnen und dadurch den Kopf klar zu behalten gegen alle die Widerwärtigkeiten, die einem in der Stadt bei jedem Schritt begegnen. Licht, Luft, Sonne und Weite im Raum zur Entfaltung sind unerlebbare Werte, die man sich erringen kann, wenn man den Mut besitzt.

Hat nun der Siedler draußen ein Stück Land im Sand erworben, das er bequem abzahlen kann, so setzt sehr bald der Ehrgeiz ein, ein eigenes Häuschen darauf zu bauen. Die Wohnlaubengebiete umfassen heute schon den größten Teil des Berliner Freiflächengebietes und sind ganz darauf eingerichtet, die Laubenkolonien abzulösen. Überall, wo baureife Terrains vorhanden sind, die aber voraussichtlich für die nächsten 10 Jahre noch keine größere bauliche Erschließung versprechen, gibt man diese zur Bebauung mit Wohnlauben frei. Die Wohnlauben dürfen massiv aus Stein oder Holz gebaut werden, doch ist eine gewisse Größe und Höhe vorgeschrieben. Ursprünglich war auch festgelegt, daß die Besitzer nur während der Sommermonate bis zum 1. Oktober in den Wohnlauben wohnen sollten, doch sieht man heute über diese baupolizeilichen Beschränkungen hinweg und ist froh, wenn der städtische Wohnraum entlastet wird. Die Wohnlauben haben eine Größe von 40 Quadratmeter Grundfläche, für die noch 10 Quadratmeter Veranda hinzugenommen werden können. Als Höhe sind nur 4,50 Meter erlaubt. Das Haus ist also in seinem Flächenraum wesentlich kleiner als eine Zweizimmerwohnung. Der Siedler, der oftmals aus Sparankheitsgründen nicht einmal die erlaubte Grundfläche voll ausnützt, behilft sich dadurch, daß er den Dachraum für Wohnzwecke ausbaut, um mehr Raum zu erhalten. Das hat dann zur Folge, daß diese Häuschen überall mit einem stadagebrückten Dach erscheinen, dessen Längsseiten noch an der Hauswand herab-



Eine Wohnlaube aus Holz, die auf 40 Quadratmeter Grundfläche ersteht und 2 Stuben, Küche, Veranda und Obergeschoß enthält

klappen wie richtige Sargdeckel. Selten sieht man etwas Neues, was eine bessere Lösung verspricht. Neuerdings ist man dazu übergegangen, dem kleinen Haus ein Flachdach aufzulegen und die Bohnung auf ein Untergeschoß zu errichten, was die Raumfrage sehr glücklich löst und auch gefällig wirken kann. Man kann die überraschende Feststellung machen, daß es vielfach Arbeitslose sind, die als Siedler zum Hausbau schreiten. Die Arbeitslosigkeit



Wohnlaube, die sich als schmucker, geräumiger Steinbau präsentiert. Preis etwa 4000 Mark

gibt genügend Zeit, die meisten Arbeiten am Neubau, z. B. das Ausschachten und das Legen der Fundamente, selbst zu besorgen, die anderen Arbeiten werden mit Hilfe befreundeter Arbeitskollegen oder gar arbeitslosen Bauhandwerkern in eigener Regie verrichtet. Manche Wohnlaube ist auch nur während des Wochenendes langsam Stein um Stein aufgebaut worden oder im Zellenbau, indem man erst einen Wohnraum baute und dann die umliegenden Räume später. So manches Haus ist aus den wöchentlichen Arbeitelöhnen fleißiger Arbeiter errichtet worden und die größten Schwierigkeiten ergaben sich, wenn bei plötzlicher Arbeitslosigkeit die Mittel zur Anschaffung neuer Baumaterialien nicht mehr vorhanden waren. Frau und Kinder müssen beim Hausbau tüchtig mit Hand anlegen, aber das alles geschieht mit Freude und mit der Genugtuung, dem Verfall etwas Positives entgegenzusetzen zu können. So hat jede Wohnlaube eine schicksalsschwere Geschichte, in deren Verlauf sich noch viel verändern kann und deren Abschluß vielleicht erst in späteren Jahren erfolgt. In Müggelheim, eines der begehrtesten Wohnlaubengebiete, findet man Siedlerfamilien, die das billige Terrain einer Sandgrube gekauft haben und die nun Monate hindurch umfangreiche Erdbewegungen vornehmen müssen, um das Gelände zu planieren und die durchgehende Straße aufzuschütten.

Während des Baus wohnt die Familie ganz primitiv in einer Erdhöhle oder in einem Schuppen neben der Baustelle. Wenn keine Barmittel vorhanden sind, so wird trotz des bescheidenen Häuschens sich der Sorgenkampf auf dem eigenen Grundstück noch verschärfen, da zu den steuerlichen Abgaben dann noch Kosten für Straßenpflasterung, Lichtleitung, Kanalisation, Beiträge für einen Schulneubau usw. hinzutreten.

Alle diesen kleinen Besitzer aber verdienen unumschränkte Hochachtung, weil sie es verstanden haben, aus Eigenem und geringen Mitteln, die oft 2000 Mark nicht übersteigen, aufzubauen. Die Siedler in ihren Wohnlauben sind die Pioniere der späteren städtebaulichen Gestaltung, die zwischen blühenden Gärten ein gesundes und widerstandsfähiges Geschlecht heranwachsen lassen wird.

Unter dem Asphalt.

Mißglückter Anschlag auf Warenlager am Görlitzer Bahnhof

Durch einen unterirdischen Gang versuchte sich eine Einbrecherkolonne Zutritt in das Zigarrenlager der Firma Kohn in der Wiener Straße 38, unweit des Görlitzer Bahnhofes, zu verschaffen. Nur einem Zufall ist es zu danken, daß der geplante Beutezug mißlang.

Als der Geschäftsmann kürzlich spät abends heimkehrte, ertönte im Geschäft plötzlich die Alarmglocke. Da sich aber nichts Verdächtiges zeigte, glaubte der Zigarrenhändler, daß sich die Alarmvorrichtung selbst ausgelöst habe und stellte keine weiteren Nachforschungen an. Später stellte sich dann heraus, daß die Kellertür sich nicht öffnen ließ und offenbar von innen verriegelt war. Der Händler benachrichtigte die Polizei, und als man die Tür gewaltsam öffnete, stießen die Beamten auf einen unterirdischen Gang, der vom Nebenhaus Wiener Straße 37 angelegt war. Wie der Befund ergab, hatte eine Einbrecherkolonne offenbar in mehrstöckiger mühevoller Arbeit einen Stollen von 5 Meter Länge, 1,75 Meter Tiefe und 1/2 Meter Breite gegraben. Vermutlich sollte in der Nacht vom Sonntag zum Montag zum großen Coup ausgeholt werden. Bei dem Versuch, mit modernen Einbrecherwerkzeugen die Decke zum Zigarrenlager zu durchstemmen, ist dann die Warmanlage in Tätigkeit gesetzt worden, so daß die Bande Hals über Kopf alles im Steiche ließ und flüchtete.

Der Fall erinnert an ähnliche Eindringversuche und an den Bankraub am Wittenbergplatz vor einigen Jahren, der den Verdacht auf die Gebrüder Soß lenkte. Es scheint, daß sich eine neue Kolonne gebildet hat, die nach diesem Muster „arbeitet“. Die Täter sind so geräuschlos vorgegangen, daß im Hause nicht das Geringste bemerkt worden ist. Um den Ein- und Ausgang des Stollens zu verdecken, hatten sie Sand aufgehäuft und alles Gerümpel darübergedeckt.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON FELY SCHERRET.

„Beh' nicht so krumm! Schenker nicht!“ ermahnte Wilma, deren Gang aufrecht und schwingend ist.
„Wenn du nicht eine olle Gouvernante wärst, würde ich dich nach Hause begleiten.“ Vili ist wirklich im höchsten Grade mißmutig. Sie sieht beim Gehen auf ihre schmalen Füße und bemüht sich, einwärts zu latschen, um Wilma zu ärgern. Sie döft: es ist beängstigend, wie abhängig ich von Bert bin. Kann schon bald nicht mehr ohne ihn leben. Wenn er nicht da ist, ödet mich alles an. Auch Wilma. Dabei ist Wilma so nett. Das mit den zehn Mark war doch wirklich lieb. Ich begleite sie doch nach Haus.
Wilma lächelt vor sich hin, als Vili an der Straße, die zu ihrer Haltestelle führt, vorbeigeht. Sie versteht Vilis Berärgerung. Sie selbst kennt die Abende, an denen man nichts anzufangen weiß. Keine Bekannten, und zum Lesen ist man zu abgespannt, und zu Hause gibt es bestimmt Brattartoffeln, nach denen die ganze Wohnung riecht.
„Beh' früh schlafen, Kleine, rät Wilma. „Das ist immer noch das Beste!“
„Kommt drauf an, mit wem“, sagt Vili.
Sie sind vor Wilmas Haus angelangt.
„Morgen arbeite ich durch. Nachmittags werde ich mit das Kleid von dir abholen. Grüß' James. Aischö!“ Vili schneidet der Schwester eine Grimasse.
Wilma lacht. „Grüß' schön zu Haus. Sage, daß ich in den nächsten Tagen hinkommen werde. Auf Wiedersehen, Baby!“
Frau Mia Aumüller, bei der Wilma wohnt, mottet in der Diele ihren Kerkermurmeln ein.
Die üppige, jugendliche Witwe lebt mit ihren beiden Kindern, kleinen Mädchen von sieben und neun Jahren, in der vornehm eingerichteten Fünzimmerwohnung und gibt zwei Zimmer davon ab, denn die Rente, die sie bezieht, reicht nicht weit.
„Es geht zum Sommer, Fräulein Wilma, ich trag' von jetzt an nur den Mantel.“

„Hat jemand angerufen?“ Mit dieser Frage betritt Wilma stets die Wohnung. Frau Mia Aumüller neigt dazu, Telefonanrufe zu vergessen.
„Aber nein...! Das häßt' ich Ihnen doch gleich gesagt.“ Das volle Grübchengesicht sieht sehr ernsthaft aus.
„Ich erwarte Herrn Silvester. Er ist bei mir zu Abend. Ich geh' schnell in die Küche und bereite eine Kleinigkeit vor.“ Frau Mia nicht verständnisvoll. Sie ist nicht allzu reichlich mit Geistesgaben ausgestattet. In der ersten Zeit witterte sie hinter den Besuchen Silvesters bacchantische Ausschweifungen und benahm sich Wilma gegenüber streng zurückhaltend, wie es einer ehrbaren Frau zukommt. Inzwischen hat sie sich von der Solidität ihrer Mieterin überzeugt und begegnet Wilma mit großer Freundlichkeit. Sie weiß, daß Silvester verheiratet ist, und ein geheimer Stolz erfüllt sie wegen ihrer fortschrittlichen Gesinnung in diesen Dingen.
Wilma hängt Hut und Mantel in ihr Zimmer und geht mit den Lebensmittelpäckchen in die Küche. Sie hat eine Gummischürze vorgebunden und bemüht sich, die appetitliche Platte so hübsch wie möglich herzurichten. James soll sich wie zu Hause fühlen, ach was, besser als zu Hause! In Gegenwart dieses ewig tränkenden Huhns kann es gar nicht gut schmecken. Sie schneidet mehrere Sorten Brot auf.
„Soll ich Ihnen behilflich sein, liebes Fräulein Wilma?“ Frau Mia Aumüller möchte immer gern wissen, was andere Leute essen.
„Danke, ja!“ lacht Wilma fröhlich. „Wir wollen noch schnell russische Eier zurecht machen. Hier ist Kaviar.“
Frau Mia Aumüller ist begeistert. Sie kocht für ihr Leben gern. Dann, als alle Vorbereitungen getroffen sind, und der hohe Gast kommen kann, eilt Wilma ins Schlafzimmer, um sich umzukleiden. Inzwischen deckt Frau Mia nebenan den Tisch. Sie ist großzügig und gibt ihr bestes Service her.
„Sehr hübsch!“ lobt Wilma.
„Sie sehen ja bezaubernd aus!“ Frau Aumüller bewundert das neue Kleid aus blau Crepe Satin, dessen Farbe gut zu Wilmas fraulicher Blondheit paßt.
Jetzt denkt dieses harmlose Gemüt, James hat es mir geschenkt, freut sich Wilma. Es ist immer nett, die Leute zu durchschauen. Und wenn ich ihr wahrheitsgemäß sagen würde, daß ich es selbst bezahlt habe, glaubt sie's nicht. Es klingt auch unwahrscheinlich. Die Freundin eines reichen Mannes hat es nicht nötig, zu arbeiten und für sich zu sorgen. Das würden die guten Leute gar nicht verstehen. Aber James

imponiert es, dessen bin ich sicher. Jedermann will schließlich um seiner selbst willen geliebt werden.
„Das wird Herr Silvester sein“, meint Frau Mia, als es klingelt.
„Ich gehe selbst öffnen.“ Wilma schiebt ihre Wirtin zur Tür hinaus.
„Wieder!“ Wilma hält James den Mund hin. „Bitte, lege hier ab. Schade, daß du nicht den Hund mitgebracht hast.“ Wilma hat wirklich etwas für Ring übrig. „Warte, ich bringe gleich den Tee herein.“
James sieht sich in dem behaglichen, hellen Raum um. Diese möblierten zwei Zimmer sind das einzige, das Wilma sich von ihm bezahlen läßt. Er hat darum das Gefühl, hier heimisch zu sein. Sonst bestreitet sie alles von ihrem Gehalt als Sekretärin, das nach den Abzügen immerhin etwas über 300 Mark ausmacht. Außer Blumen, Parfum und Konfekt werden sämtliche Geschenke abgewiesen. James kennt den Refrain: „Ich bin kein Flittchen.“
Sie sitzen an dem runden Esstisch.
„Wie du wieder aussiehst...!“ James küßt Wilma die Hand.
„Ich mach' dir einen bunten Teller zurecht, ja?“ Sie legt ihm verschiedene Salate auf und bedient ihn mit Tee.
„Du magst doch diese Kinkerbäckchen gern.“
„Du bist wirklich eine famose kleine Hausfrau!“
„Recht, daß du meine Talente anerkannt.“
Nachdem sie gespeist haben, räumt Wilma alles fort. Ein abgegebener Abendbrottisch bietet keinen erbaulichen Anblick. James zündet sich eine Zigarre an und läßt sich in einem der modernen, verstellbaren Sessel vor dem kleinen Tisch in der Ecke nieder.
„So, Pappi, jetzt machen wir es uns gemütlich.“ Wilma legt sich zu James, lehnt für einen Moment ihre Knie an seine und nimmt sich eine Zigarette.
„Ich muß sagen, die Aktiengeschichte hat mich aufgeregt“, berichtet James. Es ist für ihn eine Beruhigung, mit Wilma darüber zu sprechen. Die Tatsache, daß er einfach zugeben kann, er hätte sich aufgeregt, macht alles viel leichter.
„Das ist ganz natürlich“, sagt Wilma munter. „Es würde jedem so gehen! Die Spannung, mit der eine Spekulation verbunden ist, muß sich auswirken. Komm', trinken wir einen Kognak! Das ist ein gutes Beruhigungsmittel.“
James blüht förmlich auf. Bei Wilma wird alles so herrlich unkompliziert. Ihre Art, die Dinge anzupacken, ist direkt aufreißend. (Fortsetzung folgt.)

Sportpalast-Nachlese.

Das Schnellgericht an der Arbeit.

Das Schnellgericht in der Drafenstraße hielt gestern Nachlese zu den Sportpalastmühen. Ein besonderes Fruchtkorn ist der 24jährige Staatslose aus Lodz gebürtige S. Sein langes Strafregister zeigte u. a. 1 1/2 Jahre Gefängnis wegen Verführung Minderjähriger und Zuchthaus für Rückfalldiebstahl. Die Polizei hatte die größte Mühe, die Potsdamer Straße von der Menschenmenge zu räumen. Mit knapper Not gelang es ihr, die Menschenmassen zu zerstreuen, da erschien S. vor einem Lokal und rief in die Menschen hinein: „Reißt doch nicht aus!“ Die Menge ließ sich das nicht zweimal sagen. Die Polizei begann mit der Räumung von neuem, die Menschen wichen wieder zurück. Da rief der Mann wie das erste Mal: „Reißt doch nicht aus, Genossen. Nieder mit Seodring, nieder mit dem RFB-Verbot.“ Das Gericht verurteilte den Aufseher wegen Verstoßes gegen § 2 der Rotorordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zu 6 Monaten Gefängnis. Nach dem Urteil drohte er dem als Zeugen vernommenen Polizeibeamten: „Dir streiche ich es an. Wenn ich erst wieder heraus bin, selbst wenn ich zehn Jahre Zuchthaus bekomme.“

Den Biedermann spielte der 40jährige ebenfalls vorbestrafte M. Einst war er Sturmführer bei Rot-Front, auch Russlanddelegierter. Jetzt bezeichnete er sich als unorganisiert. Er hatte sich bereits um 17 Uhr vor dem Sportpalast eingefunden. Als die Polizei die Eingänge vor dem Sportpalast freizumachen versuchte, wollte er nicht von der Stelle weichen. Dann fand er nichts Besseres zu tun, als einem Schupo mit solcher Wucht einen Stoß zu verfehlen, daß dieser Mann zu Boden fiel. Wegen Widerstandes und Nichtbefolgung erhielt M. 1 Monat Gefängnis und zwei Tage Haft.

Schwere Arbeit hatte die Schupo auch in der Goebenstraße. Schulter an Schulter stauten sich hier die Menschen. Drängten die Beamten auf sie ein, so zerstreuten sie sich in den Hausfluren. Als ein Beamter die Treppe hinaufgelaufen war, um die Leute herauszuholen, wurde er nach Rückkehr auf die Straße mit Geiseln und Pfeifen empfangen. Ein Mann versuchte ihn mit dem Fuß in den Bauch zu treten. Der Beamte wollte den Mann zwangstellen, wurde aber von der Menge daran gehindert, und bedroht. Der Held von vorher trat wieder in Aktion. Die Straße lautete in diesem Fall auf 1 Monat Gefängnis.

Ein anderer Vorfall spielte sich auf dem Kollendorferplatz ab. Auch hier mußten die umliegenden Straßen von der Menschenmenge geräumt werden. Dem etwa 35jährigen R. gefiel das nicht. Er stellte den Beamten zur Rede. Dieser forderte ihn auf, weiterzugehen. Der Mann tat es, drehte sich um und rief dem Beamten zu: „Dir steht wohl noch der Ruhmst an den Füßen.“ Auch jetzt ließ sich der Beamte nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Da hob der Mann die Faust zum Schlag auf. Der Beamte kam ihm zuvor. Das Urteil: drei Wochen Gefängnis wegen Widerstandes.

Besonders robiat benahm sich eine etwa 33jährige Frau aus der Gormannstraße. Etwa 200 Menschen, die eben vom Sportpalast zurückgekehrt waren, diskutierten hier eifrig und waren ancheinend darüber erregt, daß es ihnen nicht gelungen war, in die Versammlung zu gelangen. Als die Beamten die Menge aufforderten, auseinanderzugehen, entlud sich die Frau in Schimpfworten: „Ihr Femer, ihr Stroche.“ Die erneute Aufforderung, weiterzugehen, beantwortete sie mit: „Ihr Bluthunde.“ Als sie nun zwangsgestellt werden sollte, leistete sie Widerstand und schrie: „Euer Tod ist euch gewiß. Denkt an den Bülowplatz, jetzt kommt ihr dran.“ Vor Bericht erklärte die Frau, betrunken gewesen zu sein und sich an nichts erinnern zu können. Sie erhielt fünf Monate Gefängnis. Nach Verbüßung von einem Monat soll geprüft werden, ob ihr nicht Bewährungsfrist zuteil werden kann.

Kein Stampfasphalt mehr in Berlin.

In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Vorstehenden der Bezirksämter berichtete Stadtbaurat Höhn über die Frage der Asphaltierung der Straßen. Dazu kann schon jetzt gesagt werden, daß Stampfasphalt in Berlin seit 1929 überhaupt nicht mehr, auch nicht zu Ausbesserungsarbeiten, verlegt worden ist, und daß die bisherigen Verträge bereits Anfang September mit Wirkung zum 1. April 1932 zwecks öffentlicher Ausschreibung der Arbeiten gekündigt worden sind.

Schattenspiele der Weltstadt.

Schandflecke der Friedrichstraße. — „Murmelspiel“ in der Automatenhölle.

Friedrichstraße an der Behreneck. Ein goldbetreter Portier vor einem Lichterüberstrahlten Baraufgang. Schautafeln mit den Aufnahmen aller der Balletts, die entblößtes Frauenfleisch zeigen. Fleischfarbene Plakate vor dem Eingang. Bedachte Grünhütter schaukeln hinein. Fast freut man sich darüber: man kann der Friedrichstraße einen gewissen Reiz nicht absprechen, auch wenn die Bewende eine andere geworden ist, auch wenn die Schlepptrommel sich wie Schneißfliegen auf ihre Opfer stürzen, auch wenn man weiß, daß die Klammern der Luxusprostitution ihre „Kluft“ bei den Weibern abarbeiten müssen, bis sie im schwarzen Kasten fortgeschafft werden.

Aber man geht nur einen kleinen Schritt weiter und man weiß, daß die trübe Fröhlichkeit der Kaserstraße, deren zähen Anmut mitsüßender Schlamm vor Jahren noch am Dranienburger Tor sich staut, jetzt hier an der Behreneckstraße halt macht. Wie lange noch, und die Friedrichstraße wird überströmt sein von den Auskäusern des zähen, wälzenden Schlammes, die ja schon so zahlreich in die Menschenarsenale der großen Cafés an der Leipziger Ecke sickern.

Zwei große, hohe Schaufensterdecken, an denen noch die Klebefellen der „Zu-vermieten“-Zettel haften, schließen den erschreckend hohen, langgestreckten Raum von der Straße ab. Die Tür ist stets offen. Eine trübliche, trostlose Beleuchtung erhellt den Boden mit den vergifteten Tapeten und dem seltsamen Publitum. Der ganze Raum ist angefüllt mit Automaten. An einer Wand stehen etwa fünfzehn von jenen Filmbildautomaten, die wir noch von der alten Passage her in peinlicher Erinnerung haben, als besondere Attraktion. Die Passage ist renoviert worden. Aber hier an einer der frequentiertesten Ecken der Weltstadt können sich die berlinerfreudigen Fremden an Hand sehrrangiger Jahrmärktsummelattraktionen davon überzeugen, wie sich der kleine North „Orientalische Schaulust“, „Suzanne im Bade“, „Eine Flohjob“ und „Bin ins Bett“ vorstellt. Aber auch davon können sie sich überzeugen, wie sich eine großjüngig eufallte Fremdenverkehrsverbund eine „repräsentable Straße westfälischen Nachlebens“ vorstellt. Aller-

Razzia an der Pfandkammer

Die Zunahme der Fahrraddiebstähle. — Der Rabe als „Zinker“.

In der letzten Zeit haben die Fahrraddiebstähle einen solchen Umfang angenommen, daß täglich fast 50 bis 60 Anzeigen von Bestohlenen bei der Kriminalpolizei eingehen. Die Besitzer der Räder sind in den meisten Fällen Angestellte oder Arbeiter, die ihre Maschinen unter Opfern erworben haben.

Die Kriminalpolizei hatte verschiedene Händler im Verdacht, daß sie mit den Dieben in Verbindung stehen und ihnen die gestohlenen Räder zu billigen Preisen abkaufen. Um die Angelegenheit gründlich nachprüfen zu können, wurde am Mittwoch von Kriminalbeamten der Dienststelle C. 5 mit Unterstützung von Schupo-Beamten in der Nähe der Pfandkammer eine Razzia durchgeführt. 40 Personen, die sich dort aufhielten, wurden langsam eingekreist und auf den Hof des Grundstücks gedrängt. Hier mußten alle ihre Papiere vorzeigen und sich über den Erwerb der Räder, die sie bei sich führten, genau ausweisen. Zwei Händlern scheint es schuldig zumute geworden zu sein, denn sie machten sich heimlich davon und ließen die Räder im Stich. Drei Personen, die keine Ausweise bei sich hatten, mußten mit zur Wache kommen, bei den anderen wurden die Nummern und Marken der zum Kauf oder Verkauf vorhandenen Räder aufgeschrieben. An Hand der Listen, die über die gestohlenen Räder geführt werden, wird man feststellen, ob einer der Händler Diebesgut im Besitz gehabt hat. Die „herrenlosen“ beiden Räder, die vermutlich auch aus Diebstählen herrühren, wurden beschlagnahmt.

Bei einer zweiten Kontrolle, die in einem Keller in der Mariannenstraße durchgeführt wurde, ereignete sich ein heiterer Zwischenfall. In dem Keller betreibt eine Frau einen Fahrradhandel, man sagt aber auch von ihr, daß sie Fahrraddiebin

ihre Beute gegen geringes Entgelt abnimmt, die Maschinen umändert, die Markennummern entfernt und die Räder dann weiterverkauft. Die Schilder sollten in einer Kiste besonders verwahrt sein. Als die Beamten in dem dunklen Keller noch umherluchten, bemerkten sie einen Raben, der aufgeregt hin- und herflatterte. Dabei stieß das Tier eine Kiste um, die mit Gerätschaften zu Boden fiel. Aus ihr ergoß sich auf den Fußboden ein Strom von Markennummern, die von Fahrrädern abgenommen worden waren. Der Rabe hat seiner Herrin damit einen schlechten Dienst erwiesen, denn die Händlerin wird sich wegen Fehlleistungen verantworten haben. Die Schilder sind ebenfalls beschlagnahmt worden.

Vom Zehnkumpan um 2000 Mark bestohlen.

Ein angeblicher Raubüberfall hat durch die Ermittlungsarbeit der Kriminalpolizei seine teilweise Aufklärung gefunden. Der Fleischer Rudolf G. aus der Tilsiter Straße, der in der Brieftasche etwa 2000 Mark bei sich führte, hatte am Mittwochabend mehrere Lokale aufgesucht. Auf dieser Bierreise ist G. von einem Berufskollegen, dem Fleischer Georg Drumbach aus der Samariterstraße, beobachtet worden. D. sah die gefüllte Brieftasche und hielt die Gelegenheit für günstig, sie dem bezechten Kollegen abzunehmen. G. hatte die Weste nicht ganz zugeknöpft und die Brieftasche sah etwas heraus. Mit einem schnellen Griff bemächtigte sich D. der Tasche und lief davon. Wie festgestellt wurde, hat der Täter noch in derselben Nacht seine Braut aufgesucht und hat mit ihr einen Teil des Geldes durchgebracht. Bisher ist er nicht in seine Wohnung zurückgekehrt.

Frisches Brot aus altem Brot.

„Ueblich, wenn auch nicht strofrei.“

Eine bedeutsame Entscheidung fällt ein Dsnabrücker Einzelrichter. Vor ihm hatte sich ein Bäckermeister gegen folgende Anklage zu verantworten:

Laut einmündigen Zeugenaussagen hat er mehrere Tage alles Brot nach Entfernung der Kruste wieder in anderem Teig verpackt, der zur Herstellung von frischem Brot bestimmt war. Das städtische Untersuchungsamt war eingestritten und hatte verschiedene Brotproben untersucht. Ohne weiteres gab der Bäckermeister zu, altes Brot verwandt zu haben, behauptete aber, während des Krieges ermächtigt worden zu sein, altes Brot in gewissen Prozentsatz zur Herstellung von neuem zu verwenden. Im übrigen lei er sich keiner strafbaren Handlung bewußt.

Demgegenüber wies ein Vertreter des städtischen Untersuchungsamtes auf Reichsgerichtsentscheidungen und Entscheidungen verschiedener Oberlandesgerichte hin, nach denen die Beimischung von altem Brot in frischen Brotteig als unzulässig und strafbar erklärt wird. Wegen Uebertretung der Lebensmittelgesetze und Veräuflichung von Rohungsmitteln beantragte somit der Amtsanwalt eine Geldstrafe von 50 Mark für den Bäckermeister, im Nichtbeachtungsfalle eine Gefängnisstrafe von acht Tagen.

Zufänglich wurde der Bäckermeister wegen des angegebenen Delikts zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Interessant war die Begründung. Es hieß da:

Wenn es auch allgemein in Bäckereien üblich ist, nicht verkaufte Brot zur Herstellung neuer Brote zu verwenden,

so kann diese Gewohnheit aber nicht straflos machen, da eine Irreführung des Publikums vorliegt, das frische Brot und kein aus alten Substanzen hergestelltes kaufen sollte.

Gründung einer „Zunkammer“.

Auf dem Gebiete des Rundfunks interessierte Kreise haben sich zur Gründung einer „Deutschen Zunkammer“ vereinigt, die zwischen allen am Rundfunk Interessierten eine Verbindung herstellen soll. Die Zunkammer vertritt ebenso die Belange der Sendegesellschaften wie die der Hörer, der am Mikrophon Vor-

tragenden, der Funkindustrie, des Funkhandels und der Funkverbände, indem sie Anregungen, Wünsche und Beschwerden von einer wie der anderen Seite sachlich behandelt und mit den zuständigen Stellen klärt. Sie wird ferner in allen Fragen, die abweichende Interessen berühren, ausgleichend wirken. Die Gründungsversammlung der „Deutschen Zunkammer“ soll am 18. d. M. stattfinden. Sitz der „Deutschen Zunkammer“ ist Berlin W 9, Bellevuestraße 5.

Die Höllenmaschine von Via Torbagg.

Auf den Spuren des Eisenbahnattentats.

Budapest, 16. September.

Die Blättermeldungen über die bisherigen Ergebnisse der polizeilichen Erhebung über das Eisenbahnattentat bei Via Torbagg werden nunmehr von amtlicher Seite bestätigt. Die Sachverständigen haben festgestellt, daß die höllenmaschine mit 1 bis 1 1/2 Kilo Ekrazit gefüllt war. Die Sprengladung war mit einer primitiven Zündvorrichtung verbunden. Trotzdem läßt ihre Zusammenstellung mit Bestimmtheit darauf schließen, daß ihr Hersteller eine in Sprengstoffen unbedingt sachkundige und geübte Person sein mußte.

Das bei der Zündvorrichtung verwendete Material stammt teils aus dem Auslande, teils aus dem Inlande. Die Stelle, wo die Bombe gelegt wurde, ist vermutlich deshalb gewählt worden, weil die Täter dort auch dann im Dunkeln arbeiten konnten, wenn auf der Landstraße unter dem Stadtturm ein mit Scheinwerfern versehenes Fahrzeug vorbeigefahren wäre. Der Umstand, daß ein ausgesprochen internationaler Zug gewählt wurde, läßt darauf schließen, daß man mit dem Attentat eine allgemeine Panikstimmung auslösen wollte. Aus dem am Tatort zurückgelassenen und auf die Rückseite eines Koffers geschriebenen Zeilen hat der Sachverständige festgestellt,

daß die Schriftzüge mit der Handschrift des 25jährigen in Budapest geborenen Eisenbahnarbeiters und Chemikers Martin Leppit übereinstimmen.

Der wegen kommunistischer Umtriebe öfter mit der Polizei zu tun gehabt hatte. Die Polizei hat außerdem noch zwei für die Erhebungen wichtige Momente entdeckt, über die aber vorläufig nichts veröffentlicht werden kann.

Verschiedene Kommunisten wurden verhaftet, deren Namen vorläufig geheim gehalten werden. Die Budapest Polizei hat sämtliche ausländischen Polizeidirektionen ersucht, sie bei der Suche nach dem Täter zu unterstützen.

Keine Spur von den Ozeanfliegern.

New York, 16. September.

Von dem Juntersflugzeug W 33 mit seinen Piloten Johannsen und Rody, das vorgestern von einem Dampfer 400 Meilen östlich von Halifax und 1000 Meilen von New York entfernt gesichtet wurde, fehlt bisher noch immer jede Spur. Die Bitterungsberichte in der Gegend, die das Flugzeug noch nicht durchfliegen hat, waren in den letzten 48 Stunden die denkbar ungünstigsten. Es herrschten heftige Stürme. Zwei amerikanische Flieger, die in der vergangenen Nacht aufstiegen, um nach den verschollenen Fliegern zu suchen, kehrten unverrichteter Dinge zurück. Das deutsche Flugzeug hatte für etwa 60 Stunden Benzin an Bord, das ihm gestern abend gegen 21 Uhr amerikanischer Zeit ausgehen mußte. Es ist denkbar, daß die Flieger irgendwo an der amerikanischen Küste oder vielleicht auf Neufundland notlandeten und sich bisher mit der Außenwelt nicht in Verbindung setzen konnten. Sämtliche Küstenstationen sind angewiesen worden, nach den Fliegern Ausschau zu halten.

Dahlienschau im Sportpark Neudöln.

Schon seit einigen Jahren veranstaltet die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft Dahlienfreilandgärten. Diese werden möglichst in städtischen Anlagen untergebracht und umfassen alle gangbaren Sorten und Neuheiten aus der großen Zahl schöner Dahlien. Im Jahre 1929 fand diese Schau in Schneidemühl, der bedrängten Stadt der Grenzmark Pommern, im vorigen Jahre im 1000jährigen Brandenburg. In diesem Jahre hat sie ihre Stätte ganz in der Nähe des Luftschiffhafens, im Sportpark Neudöln gefunden. Es sind in einem Schau-garten und in einem Sortimentsgarten mehr als 4000 Dahlien aufgestellt worden, die schon seit Wochen in voller Blüte stehen, ein farbenprächtiges Bild für den Besucher. Unter der Obhut des Gartendirektors Boethig vom Bezirksamt Neudöln und Gartenarchitekt Blocker hat sich die Bilanzierung trotz der Ungunst des Wetters, trotz Hagelschlag und Wollenbruch in bester Weise entwickelt.

Am Sonntag, dem 21. September 1931, 10½ Uhr, wird die

Städte und Konsumvereine.

Gibt es rechtliche Hinderungsgründe für die Mitgliedschaft?

Die Durchführung der Winterhilfe für die Arbeitslosen wird vielfach die Einschaltung der Konsumvereine zweckmäßig erscheinen lassen. Hier soll untersucht werden, ob öffentlich-rechtliche Hinderungsgründe dem Eintritt von Städten in Konsumgenossenschaften entgegenstehen.

Das Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften kennt keine Bestimmung, aus der ein derartiges Verbot zu folgern ist. Auch § 8 Absatz 4 des genannten Gesetzes, der gelegentlich von Gegnern des Eintritts der Kommunen in die Genossenschaften herangezogen wird, steht einem solchen Eintritt nicht entgegen. Allerdings sieht diese Bestimmung Zweck und Sinn der Genossenschaften im „Einkauf im großen und Absatz im kleinen“. Sie kann unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung aber nur so verstanden werden, daß unter ihr die Einkaufsdeckung für die Gesamtheit der Genossen und der Absatz an den einzelnen zu verstehen ist.

Öffentlich-rechtlich kann der Eintritt der Kommunen in Konsumgenossenschaften nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob mit ihm allgemein die Grenzen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts überschritten werden, oder im einzelnen besondere, eine derartige kommunale Tätigkeit betreffende Landesgesetze verletzt werden.

Schon hieraus ergibt sich, daß die öffentlich-rechtliche Prüfung für das gesamte deutsche Reichsgebiet nicht einheitlich erfolgen kann. In folgendem soll der Rechtszustand in den für die genossenschaftliche Bewegung maßgeblichen deutschen Ländern: Preußen, Sachsen und Bayern behandelt werden.

In Sachsen

Ist unsere Frage bereits Gegenstand verwaltungsgerichtlicher Entscheidung geworden. Die Stadtverordneten der Stadt Leipzig hatten beschlossen, für die Stadt Leipzig sofort die Mitgliedschaft beim Konsumverein Leipzig-Plagwitz zu erwerben. Gegen diesen Beschluß hatte der Stadtrat (Magistrat) bei der Kreisoberverwaltungsbehörde Einspruch erhoben. Nachdem diese den Beschluß der Stadtverordneten als ungesetzlich aufgehoben hatte, wurde er durch Entscheidung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts für rechts-wirksam erklärt. Das Sächsische Oberverwaltungsgericht hatte seiner Entscheidung sogar unterstellt, daß durch den Beschluß der Stadtverordneten der Stadtrat nicht zum Warenbezug von der Konsumgenossenschaft gezwungen werden sollte, sondern daß durch diesen Beschluß nur der Eintritt in die Konsumgenossenschaft und damit eine Stärkung des konsumgenossenschaftlichen Gedankens herbeigeführt werden sollte. Auch bei dieser Unterstellung wurde der genannte Beschluß der Stadtverordneten für zulässig erklärt.

Einmal sei der Eintritt in die Konsumgenossenschaft eine Gemeindeangelegenheit, zu deren Beschlußfassung die Stadtverordneten auch im Sinne der Sächsischen Gemeindeordnung befugt seien. Hieraus folgt die grundsätzliche Gesetzmäßigkeit des Beschlusses. Diese aber wird — wie das Urteil weiter mit Recht ausführt — nicht dadurch beseitigt, daß sich die Stadtverordneten bei Fassung ihres Beschlusses von wirtschaftspolitischen Beweggründen haben leiten lassen. Ob hierin eine schuldhafte Vernachlässigung von Aufgaben der Gemeinde zu erblicken sei, die ein Einschreiten im Wege der Staatsaufsicht erforderlich mache, läßt das Urteil dahingestellt. Dieser Hinweis ist aber ohne besondere Bedeutung, nachdem voraus-

gehend die Gesetzmäßigkeit des Stadtverordnetenbeschlusses festgestellt worden ist.

Ein Einschreiten im Wege der Staatsaufsicht ist nur zulässig gegenüber ungesetzlichen Beschlüssen oder bei ausgesprochenen Vernachlässigungen in der Regelung der Gemeindeangelegenheiten, nicht aber, wenn wie hier bewußt eine bestimmte Angelegenheit zum Gegenstand kommunaler Regelung gemacht wird.

In Bayern

hatte der Stadtrat von Nürnberg im Juni 1928 den Eintritt in eine Konsumgenossenschaft beschlossen. Gegen diesen Beschluß war eine Reihe wirtschaftlicher Verbände des Einzelhandels bei der Regierung Mittelfrankens vorstellig geworden. Die Regierung als staatliche Aufsichtsbehörde hatte hierauf in einer Verfügung an den Stadtrat folgende Bedenken geltend gemacht:

1. Nach der Satzung der fraglichen Konsumgenossenschaft könnten Mitglieder nur „geschäftsfähige Personen und rechtsfähige Vereine“ werden. Es sei fraglich, ob hierunter auch öffentlich-rechtliche Körperschaften zu verstehen seien.

2. Der Beschluß des Stadtrats hätte nach § 61 Absatz 1 Ziffer 1 der Bayerischen Gemeindeordnung der Genehmigung bedurft. Bis zur Erteilung dieser Genehmigung sei er darum noch nicht rechts-wirksam und dürfe darum noch nicht ausgeführt werden.

Durch diese Bedenken hatte der Stadtrat sich veranlaßt gesehen, seinen Beschluß wieder aufzuheben. Dieser Rückzug war sicher vor-eilig. Das erste Bedenken der Regierung hätte durch eine leicht zu bewerkstelligende Änderung der Satzung der betreffenden Konsumgenossenschaft ausgeräumt werden können. Sodann aber hätte die Genehmigung, die allerdings ausdrücklich hätte beantragt werden müssen, nicht verweigert werden können. Besondere gesetzliche Bestimmungen, die einen Eintritt der Kommunen in Konsumgenossenschaften verbieten, bestehen in Bayern nicht. Wie auch für das säch-sische Recht kann eine Vernachlässigung von Gemeindeangelegenheiten in einem solchen Beschluß nicht erblickt werden. Die Gemeinden haben ein durch die Reichsverfassung geschütztes Recht auf Selbstverwaltung, welches durch Verletzung der Genehmigung ver-letzt worden wäre.

In Preußen

hat der Eintritt der Städte in Konsumgenossenschaften die Ver-waltungsgerichte noch nicht beschäftigt. Die hohe Entwicklung des kommunalen Verwaltungsrechts in Preußen vereinfacht die Prüfung dieser Frage. Es ist erster Satz des preussischen Verwaltungsrechts, daß die Betätigung der Selbstverwaltung der Staatsaufsicht unter-liegt, daß diese Staatsaufsicht aber wiederum in dem Recht der Kommunen auf Selbstverwaltung ihre Grenze findet.

Die Staatsaufsicht kann also nur bei Kompetenzüberschreitungen oder Gesetzesverletzungen eingreifen. Eine Kompetenzüberschreitung liegt nicht vor, denn der Erwerb der Mitgliedschaft in einer Konsumgenossenschaft kann je nach der kommunalen Angelegenheit ge-macht werden. Eine Gesetzesverletzung ist ebenfalls nicht gegeben, da Städteordnung und Landgemeindeordnung keine Bestimmung ent-halten, die dem entgegenstehen. Staatlicher Genehmigung für einen derartigen Beschluß bedarf es in Preußen nicht.

Ein Vorgehen im Wege der kommunalen Aufsicht kommt somit in Preußen nicht in Frage, wie auch der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einer Verfügung vom 28. Januar 1928 selbst zum Ausdruck gebracht hat.

E. W. Lamann, Gerichtsassessor.

Politik oder Forschung?

Institut für Konjunkturforschung und der Wohnungsbau.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Die Kritik darf an den Ausführungen nicht vorübergehen, die das Institut für Konjunkturforschung über die konjunkturellen und politischen Bedingungen der Bautätigkeit macht. Geht man die Vierteljahresberichte durch, so muß man feststellen, daß sich hier ein erstaunlicher Wandel der Ansichten vollzogen hat. Möglicher Umfang und notwendiges Mindestmaß des Wohnungsbaues, vor wenigen Monaten noch an den bevölkerungs- und wohnungs-statistischen Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes gemessen, werden plötzlich zu gefühlsmäßig bestimmbar und fragwürdigen Größen.

Noch Ende 1930 war zu lesen, daß die Einschränkung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau „insbesondere die weitere Auffüllung des Wohnungsbestandes in Frage stelle“, und daß das Regierungsprogramm „gegenüber einem jährlichen Zuwachsbedarf von rund 250 000 Wohnungen einen Winderzugang von rund 35 000 Wohnungen bedeute“. Anfang Juni wurde dagegen geschrieben, der Wohnungsmarkt sei „in dem Augenblick, in dem er für die Anbahnung der Wirtschaftskonjunktur besonders wichtig wäre, überfüllt“. Konnte man damals im Zweifel sein, wie diese Formulierung aufzufassen ist, ob sie bloß zum Ausdruck bringen will, das Wohnungsangebot sei im Verhältnis zur Kaufkraft der Wohnungsbedürftigen zu groß, oder ob sie besagen will, es gebe überhaupt zu viele Wohnungen, so wird man durch den neuesten Bericht belehrt, was es mit dieser Formulierung auf sich hatte. Es heißt dort: „Das Wohnungsangebot entspricht im ganzen gesehen mengenmäßig bereits ungefahr dem objektiven Bedarf... Die subjektive Nachfrage bleibt im ganzen schon jetzt hinter dem Angebot zurück.“ Hier wird zweifelstfrei ausgesprochen, was im vorangegangenen Vierteljahresbericht nur angedeutet war: Weiterer Wohnungsbau stoße nicht mehr auf Bedarf, gleichgültig zu welchem Preis die Wohnungen vermietet werden sollen, und sei somit überflüssig.

Man könnte mit dem Institut für Konjunkturforschung rechten, ob der Sachverhalt, den es vor neun Monaten angab, oder die Meinung, die es heute vorbringt, richtig sind. Das aber hat nicht viel Sinn, denn es liegt auf der Hand, wann das ISK im Recht war; da die Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes, die seinerzeit die Grundlage für den Bericht abgaben, heute immer noch bekräftigt sind, folgt, daß der heutige Standpunkt des ISK eben falsch ist. Ist er aber auch falsch, so hat er freilich den Vorzug, sich mit dem der Regierung zu decken, was die Frage rechtfertigt, ob das Institut sich zur Forschung als zur Politik mehr berufen glaubt. Erschwerend kommt hinzu, daß das ISK sich die Blöße gerade auf einem Gebiet der Wirtschaftspolitik gegeben hat, das seit nunmehr einem Jahr im Mittelpunkt des Interesses steht. Die Abkehr von der Bauförderungs politik wegen angeblicher Sättigung des Wohnungsmarktes ist mit der Realsteuer-senkung vom 1. Dezember 1930 verknüpft, und die jetzigen De-batten um das Schicksal der Hauszinssteuer sind überhaupt nur möglich, weil auf bürgerlicher Seite die Existenz des Wohnungs-elemls und die Notwendigkeit einer sozialen Baupolitik mit Unter-stützung der Regierung gelegentlich wird. Wenn das ISK dem Stand-punkt der Regierung jetzt offiziell beiträgt, muß es sich darüber im Klaren sein, daß es sich zugleich für den Abbau der Hauszinssteuer einsetzt.

Krisenpolitik des Zündholztruffs.

Obwohl sich durch die Krise der Verbrauch an Zündholzern fast in keinem einzigen Lande vermindert hat, hat sich doch der schwedi-sche Zündholztruff in den letzten Monaten zu Produktions-einschränkungen gezwungen gesehen. Einige kleinere Fabriken des Konzerns in Schweden mußten stillgelegt werden. Das ist darauf zurückzuführen, daß in einigen Ländern auf die Einfuhr von Zündholzern erhebliche Zölle gelegt wurden, so z. B. in Indien, Australien, Ägypten und China. In den Be-reichlichen Staaten wurde die Zündholzeinfuhr vollständig ver-boten, nachdem vorher die Zölle stark erhöht worden waren. Der schwedische Zündholztruff umging diese Hemmnisse dadurch, daß seine Unterergesellschaft, die International Match Corp., ein großes Aktienpaket der Diamond Match Corp., der größten amerikanischen Zündholzgesellschaft, übernahm. Eine ähnliche Taktik verfolgt der Konzern jetzt in Ägypten, wo er, um künstlich trotz der er-höhten Zölle wettbewerbsfähig zu bleiben, in Alexandria eine große Streichholzfabrik errichtet.

Der Schwedentruff und die International Match Corp. kon-trollieren gegenwärtig 250 Streichholzfabriken in 43 verschiedenen Ländern; mehr als 1/3 der Weltproduktion an Zündholzern stehen jetzt unter Kontrolle des Schwedentruffs.

Scharfe Opposition bei der Excelsior-Generalsammlung. Der Schwanengelang, den die Verwaltung der Excelsior-Fahrradwerke auf der letzten Generalsammlung anstimmte, fand bei den ver-sammelten Kleinaktionären alles andere als ein geneigtes Ohr. Es war allerdings auch eine merkwürdige Taktik, wenn der Aufsichtsratsvorsitzende Direktor Kleemann den kleinen Aktionären die Pleite mit dem Himmel auf die Glanzdividenden der Vor-riegszeit in Höhe von 25 Proz. veräußern wollte. So kann man auf Generalsammlungen heute denn doch nicht mehr mit der Wurst nach der Speckseite werfen. — Die Angriffe der Aktionäre gipfelten in einer scharfen Kritik an der Direktion, die es weder verstanden habe, rationell zu arbeiten, noch die sehr hohen Unkosten dem sinkenden Umsatz anzupassen. Die Umsätze bei den Excelsior-Fahrradwerken waren von 1928 bis 1930 von 4,9 bis auf 3,3 Millionen gesunken. Auch die von der Gesellschaft angewandten Verkaufsmethoden im Motorradgeschäft wurde beanstandet. Schließ-lich forderte die Opposition Einsetzung einer Treuhänderkommission, da behauptet wurde, daß ein Großaktionär der Gesellschaft das Wort in der Liquidation billig wiederkaufen wolle. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Auflösung der Gesellschaft wurde schließlich gegen 481 Stimmen beschlossen.

Tiefstand im Zementabsatz. Die Verkäufe der Zementindustrie haben im August einen neuen Tiefstand erreicht. Er ist gegenüber dem Juli von 452 000 auf 348 000 Tonnen gesunken und liegt um rund 33 Proz. unter den Absatzmengen des August vorigen Jahres, obwohl auch im Hochsommer 1930 die Absatzverhältnisse in der Zementindustrie sehr im argen lagen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres liegt der Gesamtabsatz der Zementindustrie mit 2,75 Millionen Tonnen um 31 Proz. unter den Verkäufen in der gleichen Zeit des Vorjahres, während im Vergleich zu 1929 die Umsätze mengenmäßig sogar um 42 Proz. gesunken sind. Diese Zahlen sprechen für den Schrumpfungsvorgang im Baugewer-be und für die Folgen der verhängnisvollen Kartell-politik der Zementindustrie eine bittere Sprache.

Vor der Reform des Aktienrechts.

Das Notwendigste, was sofort gesehen muß.

Im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung dürften auch die nach der Meinung der Reichsregierung vordring-lichsten Reformen für das Aktienrecht durch Notverordnung geregelt werden. Wie lassen im folgenden zusammen, was nach unserer Meinung sofort gesehen muß.

Ueber die Dringlichkeit der Verschärfung der Publizitätsbestimmungen und der Pflichttreue gibt es heute in Deutschland kaum mehr Meinungsverschiedenheiten. Dafür waren die Skandale der letzten Monate eine zu grausame Lehre. Aber es wird darauf zu achten sein, daß diese Bestimmungen weit-gehend genug sind und eine Umgehung ausgeschlossen wird. Die Pflichttreue ist zumindest bei den größeren Unternehmungen sofort einzuführen; die im ursprünglichen Entwurf vorgesehenen Uebergangsbestimmungen wären eine gefährbringende Verschleppung. Bei den Publizitätsvorschriften ist auf Grund der jüngsten Erfahrungen zu fordern, daß vor allem die Berichtigungen mit anderen Unternehmungen (Tochtergesellschaften usw.) aufs Korn genommen werden und daß die Geschäfte der Aktien-gesellschaften mit ihren eigenen Verwaltungsmitgliedern und deren Bezüge vollständig erfaßt werden. Zur Sicherung speziell dieser Bestimmungen müssen auch scharfe Haftungs- und Strafbestimmungen erlassen werden, wesentlich schärfere jedenfalls, als der ursprüngliche Entwurf sie vorgesehen hatte.

Dringlich erscheint uns auch angehts des skandalösen Mißbrauchs der Verwaltungsmacht in zahlreichen Fällen die Reform des Stimmrechts. Vor allem muß gefordert werden, daß dem Mehrstimmrechtsung durch wesentlich schärfere Wahl-berurteilung des Aufsichtsrats erhalten, ebenso wie das Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen und dort das Wort zu ergreifen.

Alle diese Forderungen sind so vordringlich, daß uns angehts des ungleichbaren Notstandes in der rechtlichen Regelung des Wirt-schaftslebens ihre Durchführung durch Notverordnung gerech-

fertigt und notwendig erscheint. Mit allen übrigen Bestimmungen der geplanten Aktienrechtsreform aber hätte sich die Regierung an Reichsrat und Reichstag zu wenden.

Büromechanisierung bringt Gewinne.

Geldüberschuß bei den Chemnitzer Axtwerken.

Die Mechanisierung des Bürobetriebes hat auch im vergangenen Jahr der Lieferindustrie trotz der anhaltenden Krise beträcht-liche Gewinne gebracht. So können die Axtwerke in Chemnitz, die in der Hauptsache Rechen- und Buchungs-maschinen herstellen, für 1930/31 eine Dividende von 6 Proz. zahlen, nachdem im Vorjahr die Ausschüttung von Aktionärs-gewinnen weggefallen war. Die Dividendenlosigkeit für 1929/30 beruhte allerdings nicht auf Verlustgeschäften, sondern auf der be-sonders ausgeprägten Reserverepolitik der Gesellschaft.

Bei einem Kapital von nur 800 000 M. wird für das letzte Geschäftsjahr ein Reingewinn von rund 145 000 M., der einer achtzehnpromzentigen Dividende entspricht, ausgewiesen. Die niedrige Kapitalisierung des Unternehmens ermöglicht es also der Ver-waltung, neben der für die gegenwärtige Krisenzeit beachtlichen Dividende von 6 Proz. ganz erhebliche Mittel aus dem Reingewinn zurückzustellen. So erhöht sich der Gewinnvortrag, der auf neue Jahresrechnung übertragen wird, auf fast 445 000 M., die rund 55 Proz. des Aktienkapitals entsprechen. Es gibt also auch jetzt noch Unternehmen, bei denen von Geldmangel nicht die Rede sein kann.

Gute Beschäftigung bei den Mannheimer Motorenwerken. Die Motorenwerke Mannheim L. O. konnte das Jahr nach-lässende Inlandgeschäft durch eine Anzahl großer Auslandsaufträge ausgleichen. Unter anderem hat die Gesellschaft auf Grund der Ausfuhrerträge Bestellungen für Schiffsmotoren im Werte von rund 15 Millionen Mark erhalten. Von diesen Aufträgen werden bis Ende des Monats 50 Prozent abgeliefert sein. Auch für das übrige Ausland liegen noch größere Arbeiten vor. Die Ge-sellschaft war im Laufe dieses Jahres bisher nur zu einem Abbau von etwa 10 Prozent der Belegschaft gezwungen.

Eine Milliarde Pfund Steuerrückstände in Polen. Wie das polnische Finanzministerium mitteilt, betragen am 31. März d. J. die Rückstände an direkten Steuern eine Milliarde Pfund. Den größten Ausfall stellt die Vermögenssteuer mit 408 Millionen Pfund dar. (1 Pfund gleich 47 Pfennig.)

Iwan Heilbut: Ein Bauer

Der Regen kam in so dicken Strängen vom Himmel, daß es um den Bauernwagen geradezu dunkelte, obgleich es Vormittag war. Blitze zuckten, Donner rollte. Ergeben trotzte das schlechthin geprügelte Pferd die Landstraße hinunter. Der Bauer oben nahm von dem Unwetter keine Notiz. Er war etwa sechzig Jahre und schien von mächtiger, schwerer Gestalt; ein Gesicht mit festem grauem Blut; knorpelgeschlossenen Lippen und großen festen Zügen. Von seinem grünbraunen Hut leuchteten Bäche auf die Arme hinunter; durch die Stoppeln seiner hageren braunen Backen floß es wie ein unaufhörliches Bad.

Am Eingang des Dorfes, das er nun erreicht hatte, kamen ihm zwei Handlente in lehmigen Schaffstiefeln entgegen. Der Wagen rüttelte bis dicht an sie heran. Die beiden Männer waren stehengeblieben, wie um sich auf eine längere Unterhaltung mit dem Dritten einzurichten. Vor ihnen hielt das Pferd. Aber von oben her kam nur ein ruhiges Kopfschütteln, und ein einziges Wort:

„Nichts.“

Die beiden wurden blaß und sahen sich an. Ehe sie sich zu einer Frage entschlossen hatten, war das Gefährt schon wieder in Bewegung. Die beiden zauderten, ob sie ihm folgen sollten. Verloren irren ihre Blicke in der Landschaft umher. Dann lehnte sich der eine, wie erschöpft, gegen einen Baum. Sein Blick war verstört, er sah seinen Begleiter nicht an. — Der Regen ließ allmählich nach. Im grauen Himmel klappte ein Riß, ein silbernes sich vorkämpfendes Gleichen, das seinen Abglanz auf die bereits beruhigten Felder legte.

Den Seitenweg hinunter, der zum Pfarrhaus führte, kam ein Mann mit seinem leichtgebräuntem Gesicht; in Lodenmantel und Wädelgamaschen, barhäuptig wie er war, zeigten seine blonden Haare die Zerzaufung von Regen und Wind.

„Da kommt der Lehrer“, murmelte der eine — er war ein hagerer Mensch mit einer abgebrauchten braunen Mütze auf dem schütterten Haar.

„War das nicht Wrist?“ rief der Lehrer ihnen zu, noch ehe er ganz heran war. Er deutete in die Richtung des weitergezogenen Bauernwagens.

„Ja, er kommt aus der Stadt“, antwortete der Hagerer mürrisch. „Er wollte Kredit besorgen. Aussichtslos.“ Er schwieg. Nach einer Pause fügte er hinzu:

„Bei Wrist soll heute das Vieh geholt werden. Der Gerichtsvollzieher ist schon im Ort.“

Der Lehrer antwortete leise: „Ich weiß.“

„Heute er, morgen wir“, sagte der andere Bauer. Der Lehrer machte eine Bewegung, als ob er entgegennehmen wollte, aber er schwieg. „Was ist nun von all den Reden, die Ihr uns gehalten habt, übriggeblieben“, sagte wieder der Bauer mit der armseligen braunen Mütze; „Ihr habt höhere Verkaufspreise und Kredit vorausgesetzt. Ob Ihr recht behalten habt, könnt Ihr heute sehen.“

„Die Zeiten werden sich bessern“, sagte der Lehrer so leise wie vorher.

„Wann? Wie lange sollen wir warten?“

Der andere Bauer, unterlegt und breit, tat den Mund auf: „Bis es den Städtern besser geht, bis sie wieder Geld haben, um unsere Produkte zu kaufen, bis —“ Aber, als ob es ihm reute, daß er in seiner verzweifeltsten Lage überhaupt noch sprach, machte er eine verächtliche Handbewegung: „Anstatt zu reden, sollten wir lieber . . .“ Er schwieg. Sein Gesicht ließ dunkelrot an.

„Um Himmels willen, was habt Ihr vor?“ fragte der Lehrer, von diesem Gesichtsausdruck erschreckt. Der Bauer setzte sich in Bewegung, der Hagerer folgte ihm. — „Wohin wollt Ihr?“ rief der Lehrer.

„Da hinaus . . .“ Sie gingen zum Dorf hinein. Der Lehrer sah ihnen eine Weile nach. Dann wandte er sich zur Linken, er ging die Landstraße hinunter. Dort, einige hundert Schritte vom Dorf, stand die Schule — heute übrigens nur von den auf dem Hofe spielenden Kindern des Lehrers belebt. Es war ein Ferientag.

Es fiel jetzt kein Tropfen mehr. Die erste Wirkung der sich durcharbeitenden Sonne lag silbern über Hecken und Feldern. Von sehr weit her sah wie ein blauer Nebel ein Zug des Gebirges hindurch. Den beiden Bauern, die bereits an den wenigen Häusern des eigentlichen Dorfes vorbei waren, kam ein junges Mädchen entgegen-gelaufen.

„Wrist's Mädchen“, sagte der Hagerer. „Weshalb rennt sie denn? Da ist ein Unglück passiert.“

Es war Wrist's Tochter, die, seit die Mutter gestorben war, die Wirtschaft im Hause besorgte. Von den Söhnen hatten sich zwei als Siedler niedergelassen, der dritte war Arbeiter.

Das junge Mädchen rief den beiden Männern etwas entgegen, sie verstanden nichts, die Entfernung war noch zu groß. Ihre Arme suchten, deuteten zu den Feldern hinüber, wo der Hof ihres Vaters, verdeckt von Hecken, lag. Sie rief:

„Er hat mich fortgeschickt, weil der Beamte kommt . . . Ich habe den Beamten gesehen, mit ihm den Arbeiter, der das Vieh zur Versteigerung treiben soll . . . Er hat mich fortgeschickt . . . nun ist er ganz allein im Haus . . . Es gibt ein Unglück . . .“

Atemlos stand sie vor den beiden Männern und sah unruhig in ihre Augen, als erwartete sie von ihnen Hilfe. Sie war noch unter zwanzig, eher jart als kräftig. Ihr gar nicht derbes Gesicht unter dem wirren blonden Haar war in Schweiß gebadet.

„Warum bist du gerannt? Willst du wen holen?“

„Den Lehrer! Der Lehrer meint's gut mit uns!“ Sie rannte fort. Die beiden sahen ihr kopfschüttelnd nach. Schweigend gingen sie weiter.

Ein Pfad führte von der Landstraße ab zum Gehöft. Dort hinten, der schmalen Rückseite des Hauses gegenüber, stand ein Mann, der seine Aufmerksamkeit auf die in seinem Blickbereich liegenden Ausgänge gerichtet hielt. Es war der Arbeiter, der mit dem Gerichtsvollzieher gekommen war. Der Bau war von jener älteren Art, die Mensch und Tier noch unter einem Dach vereint. Das breite behäbige Haus ließ auf den Wohlstand seines längst gestorbenen Erbauers schließen. — Aus dem Innern scholl gedämpft das Bellen eines Hundes.

Der Arbeiter erklärte den beiden nähergekommenen Bauern, daß Wrist dem Gerichtsvollzieher den Eintritt in sein Haus verwehrt hatte. Aufmerksam hatte der alte Bauer so verzweifelt fest mit einem Kredit der Bank gerechnet, daß er jetzt, nach seiner Rückkehr aus der Stadt mit gescheiterten Hoffnungen, den Kopf verloren hatte und einen ganz sinnlosen Widerstand wagte. Sein Vieh, das er nicht hergeben wollte, auf die Weiden eines Nachbarn zu führen, um es so dem Zugriff des Gläubigers zu entziehen — dies hatte ihm ein Gefühl von Stolz von vornherein verboten. Er sah in seinem Trost verbarrikadiert wie in einer zum Fall verurteilten Festung.

Die Bauern gingen zur Einfahrtsseite hinüber. Ueber dem Eingang stand in schwer entzifferbaren Lettern ein Spruch: „Der Gott vertraut, hat wohl gebaut im Himmel und auf Erden.“

Dem Tor gegenüber standen die Bauern den Gerichtsvollzieher, der ihnen aufmerksam entgegen sah.

Die Bauern fragten ihn:

„Worauf wartet Ihr? Was habt Ihr vor?“

Die Tochter Wrist's hatte den Beamten gebeten, bis zum Erscheinen des Lehrers mit der Vollstreckung zu warten. Von der Wirkung des Lehrers versprach sie sich alles. In seiner heiklen Lage war der Gerichtsvollzieher dazu bereit. Seine Worte ließen erkennen, daß er, mit persönlicher Unbetheiligung, nur dienst- und pflichtbewußt dem verschlossenen Tor gegenüberstand, auf dem sein scharfer, hellblauer Blick während der ganzen Unterhaltung haften blieb. Er war ein unterfertigter Mann mit rotem Gesicht und goldblondem Schnurrbart. Wie er sagte, wartete er das Eintreffen des Lehrers ab, um Wrist das Schlimmste zu ersparen.

Das Bellen des Hundes aus dem Hause scholl fort. — Es dauerte nicht lange, so kam der Lehrer, von dem verzagten, unglücklichen Mädchen begleitet. Der Lehrer ging jogleich ans Tor, sichtbar machte er einen Entschluß — dann klopfte er mit der Faust und rief:

„Wrist! seid nicht halsstarrig! öffnet! ich bin's! Ihr wißt, ich bin euer Freund!“

Es blieb still. Dann heulte der Hund wieder los. Der Lehrer hatte die Faust zum abermaligen Klopfen angehebt — da öffnete sich der manns hohe Eingang im Tor und Wrist stand uns gegenüber. Die Zinken nach oben, drohte die Heugabel neben ihm.

Aber seine Stimme war ganz ruhig. Sein Gesicht war gelblich.

„Was wollt Ihr?“ fragte er.

„Nehmt Barmut an“, sagte der Lehrer, „hier ist ein Beamter, dem Ihr gehorchen müßt.“

„Geht von meinem Hof“, antwortete der Bauer. Neben ihm, wie ein Bundesgenosse sein riesiger Hund, der uns ansah und schwieg. Der Bauer überragte den Lehrer um Kopfeslänge, mächtig hingebaut machte er ihn geradezu schmal und klein.

„Vater . . .“ begann das ängstliche Mädchen.

„Komm du herein“, befahl er.

Das Mädchen sah fragend den Lehrer an. Der winkte ihr mit den Augen zu. Mit schmalen Schultern ging sie an ihrem Vater vorbei ins Haus. Auf diesen Augenblick schien der Beamte gewartet zu haben. Er schied sich an, dem Mädchen zu folgen. — Sofort ging Wrist mit der Heugabel vor — der Lehrer, der ein Blutvergießen fürchtete, sprang dem Bauern an die Brust, er hielt ihn an den Aufschlägen seiner Weste gepackt, so daß die Heugabel, die der Bauer in der Linken hielt, nunmehr nur ein Hemmnis bei der Verteidigung für ihn war, er konnte sie nicht mehr zum Stoß ansetzen. — Der Beamte umschlang seine Arme wie mit Fesseln. Von drinnen war für einen Augenblick Aufruhr zu hören — das Mädchen schrie, die Kühe stießen ein kurzes Gebrüll aus, ein wildes Getrappel, dazu das Keuchen des angefallenen Mannes, das Keuchen des Kampfes . . . Aber sie hatten nicht mit dem Tier gerechnet: Schon fuhr der Hund dem Lehrer an den Hals, der Entsetzte ließ los, sprang zurück, riß die Adern mit sich — der Bauer hatte schon vorher die Heugabel neben sich hingeworfen, mit den Fäusten griff er vor, er gab dem Lehrer einen Stoß vor die Brust, der den Mann noch einmal zurücktaumeln machte — der Hund fuhr mit wüstem Geffell zurück, für einen Augenblick stand er wie ein Sieger stolz aufgerichtet neben seinem Herrn und sah aus unergründlich bösen Augen die Feinde an. Gleich darauf war die Tür zugeschlagen. Für einen Augenblick herrschte Stille. — Dann schwang sich der Beamte auf ein Rad und radelte davon. Der Arbeiter blieb.

Die beiden Bauern hatten sich schon vorher zurückgezogen, sie hatten dem Kampf nur aus dem Hintergrund zugehört. Stumm sahen sie noch immer herüber. Was sollten sie dem unglücklichen, freiwillig Eingekerkerten wünschen? Ein möglichst frühzeitiges Ende dieses verzweifeltsten Zustandes, in den sein trostloses Herz ihn hineingeführt hatte, in dem es keine Hilfe von außen für ihn gab — wäre dies nicht das glücklichsste Ende gewesen?

Wrist's Weib kam mehr und immer mehr Leute aus dem Dorf, viele Frauen darunter, auch Kinder. Sie blieben in feinem

Gespräch auf dem Weg, der zum Anwesen führte. Der Himmel war jetzt so unschuldig blau, als wäre er es Zeit seines Lebens gewesen; unter der Sonne funkelten Geträuch und Felder, und in der Ferne die bläulichen Hügel standen wie leichter Nebel.

Es verging ein Stück Zeit, indes aus dem Hause die Laute der Tiere vernehmlich waren. Vom Bauern blieb nichts zu sehen noch zu hören. Neben dem Lehrer standen jetzt mehrere, augenscheinlich in der Gemeinde einflussreiche Männer in der Nähe des Eingangs . . . Sie verhielten sich schweigend. — Dann wurde die Pause durch ein Ereignis jäh abgebrochen.

Der Gerichtsvollzieher, in seinem Gefolge drei Landjäger mit übergehängtem Gewehr, überdies eine Waffe am Koppel, kamen auf den Weg geradelt. Dies ergab rasche Aufstausen, die militärische Art, wie sie von ihren Rädern sprangen, erfüllte die Zuschauer mit dem ängstlichen Gefühl, daß es jetzt nicht mehr um Geld, nicht mehr um Besitz — sondern um mehr noch, um Menschenleben ging. Die schwärende Empfindung, daß in der nächsten Stunde hier ein unerbittlicher Kampf zwischen Menschen ausgetragen würde, beengte manchem unter den Zuschauern die Brust. Und ohne Verzug wurde der Kampf vorbereitet. Die Landjäger gingen zum Tor, einer von ihnen klopfte mit dem Gewehrstock drohend gegen das Holz und befahl zu öffnen — seine Stimme machte auch den am wenigsten Beteiligten den Atem stocken.

Keine Antwort. Nur der Hund heulte auf. Dann schwieg auch er. — Ein knapper Befehl an die inzwischen noch angewachsene Menge, sich zu entfernen — und zu dreien näherte sich die bewaffnete Gewalt dem Tor, um es aufzusprengen. Unvermutet befanden sich eine Art und andere Wertzeuge in ihren Händen. Entschlossen begannen sie ihren Angriff.

Aber ehe die Leute aus dem Dorf die unter der Wucht dieses plötzlichen Unternehmens aufgeregten Gedanken noch recht konzentriert hatten — nahm mitten in der Menge ein Gemurmel seinen Ausgang — es pflanzte sich wellenleich fort — schwoh an. — Und nun nahmen alle zugleich etwas wahr, was sie aufschrecken ließ . . . Feine und leichte Schwaden entstieg dem Hause. Sogleich wurde ihnen der Brandgeruch merkbar, das furchtbare Brüllen von den Ställen her, das eingeseht hatte, bekam jetzt einen anderen Sinn. Stimmengewirr in der Menge — eine Keule hoch über allen: „Der Bauer verbrennt mit seinem Hause!“ Die Landjäger traten zurück, sie starrten zum Siebel — Rauch, Wiegern, Heulen, Gebrüll. — Nur vom Bauern selber kein Laut. Entschlossen stürzten sie sich wieder auf den Eingang los — die Tür brach auf — aber durch Qualm zurückgeschlagen, konnten die Rückwärtsweichenden nur noch erkennen, daß die Diele fessellos brannte. Ein Landjäger rannte die lange Seite des Hauses entlang, von der Rückseite her klirrte zertrümmertes Fensterglas. „Wasser! Wasser!“ Gleich darauf kam der Landjäger zurück, die Tochter des Bauern hing bewußlos über die Schulter. Geschrei füllte die Luft. Der Bauer verbrennt! Die Tiere verbrennen!

Ein Mann aus dem Dorf war aufs Rad gestiegen und schon davon. — Und in der nächsten Viertelstunde, in der nach einem letzten wilden Gebrüll kein Laut außer Knaben und Brechen und Prasseln vom brennenden Hause zu vernehmen war, starrte die zusammengeballte Menge in die herauszüngelnden Flammen. Ohnmächtig sahen die Beamten zu.

Endlich kamen die Motorspritzen angerollt — die Feuer schlugen dicht beisammen oben wie eine Reihe triumphierender Radscheiter. Die Sparren verkohlten. Löscharbeit war umsonst. Tier und Mensch waren im Brand zugrunde gegangen. Das gerettete Mädchen kam mit dem Leben — aber nicht mit unversehrtem Gemüt davon.

Später kamen die Bauern, die sich anfangs im Hintergrunde des Belagerungskampfes gehalten hatten — kurz vor dem Ausbruch des Brandes aber verschwunden waren, vor Gericht. Aber ihre Schuld war nicht nachzuweisen, das Urteil sprach sie von der Anklage frei. Und so gilt allgemein die wohlbegründete Ansicht, daß der Bauer Wrist selber dies Ende seines Hofes herbeigeführt hat.

Sesenheim

Unvergänglich ist der Blick von der Plattform des Straßburger Münsters. Ueber enge, schmale, winklige Gassen der Altstadt schweift das Auge in die Ferne, über die breite, grüne Ebene des Rheinstroms bis hinüber nach den dunklen Höhen des tannenbewaldeten Schwarzwaldgebirges. Breit und gewaltig ziehen auf der anderen Rheinseite die Vogesen nach Belfort hinab. Ein gesegnetes, blühendes Land von unendlicher Lieblichkeit liegt zwischen den beiden Gebirgen. Weinberge, Hopfenfelder, weite Aecker und Wiesen, Obstbäume in reicher Fülle, und von ihnen umrahmt kleine Dörfer und Städte: Das ist das Elsass, wie es schon Goethe erlebt hat.

An klaren, hellen Tagen folgt das Auge mühelos dem Lauf der Bahnlinie, die sich von Straßburg nach Nordwesten zieht. An einem kleinen Dorfe macht sie halt. Es ist Sesenheim, die Heimat der Friederike Brion.

Etwa zwei bis drei Stunden braucht man, wenn man den Weg auf der schönen Landstraße, zwischen Aker und Wiese und Feld, mit dem Fahrrad, dem Hauptbeförderungsmittel der Landleute, zurücklegt. Es ist also ein tüchtiger Weg, den Goethe hier zurückgelegt hat, oft spät abends oder nachts, wenn er zu Pferde die Geliebte besuchte, ein Weg allerdings, dessen Lieblichkeit auch heute noch eindrucksvoll und erfrischend ist.

Wenige Kilometer vor Sesenheim liegt Dusenheim, eine freundliche, kleine Ortschaft. Hier verweilte Goethe vor seinem ersten Besuch in Sesenheim und überredete den Wirtsjohn, ihm seine Kletter zu borgen, um die jungen Mädchen im Pfarrhaus, die ihn kurz vorher, ebenfalls in einer lustigen Verkleidung, kennengelernt hatten, zu überraschen. Wiesenfußpfade führen auch heute noch, wie damals, in der Richtung der breiten Chaussee auf das nächstliegende Dörfchen, auf Sesenheim, zu.

Es ist ein seltsames Gefühl, wenn plötzlich der spitze Kirchturm aufragt, wenn man dann den Ort selbst betritt, in dem sich eine Tragödie abgespielt hat, die man auch heute noch nicht bis ins Letzte kennt. Gegenwärtig ist die Zeit der Ernte, und wieder ist es ganz so, wie Goethe es in „Dichtung und Wahrheit“ beschrieben hat: Still und menschenleer liegen Straßen und Häuser. Ueberall sind die Haustüren, die Fenster verschlossen. Nur da und dort tönt die Stimme eines spielenden Kindes oder das Anschlagen eines Bachhundes durch die fast bedrückende Stille.

Wir suchen nach dem alten Pfarrhaus, das in seiner schlichten Schönheit und seinen malerischen Reizen den Dichter so angeheimelt hat. Doch nur die alte Scheune ist noch erhalten geblieben. Ein neues Gebäude, andere Menschen, eine andere Zeit lösten das Jahrhundert der Friederike Brion ab. Dennoch ist bis zum heutigen Tage ihr Andenken dort lebendig geblieben, und die Mütter der hehrwürdigen Töchter verkümmern nicht, warnend auf dieses klassische Beispiel hinzuweisen, sobald eine von ihnen einen Sozial über ihr stehenden Erwählten oder sogar einen „Studierten“ ausertoren hat, und ihr Mißtrauen ist nur durch den Ehering und den Trauschein zu überwinden. „Was wisset Sie?“ meint eine solche Mutter ent-

schuldigen und mit einem sorgenden Blick auf ihr blühendes, hochgemachtes „Maidle“, das mit ihrer schlanken, biegsamen Gestalt und dem reinen Blondhaar wie ein Abbild der Friederike wirkt, „I möcht's net erlewe, daß es ihr au so geht . . .“ Und man kann ihr nicht widersprechen, denn nicht nur der Goethebiograph, sondern auch die schlichte Frau aus dem Volke, für die die Geburt, Heirat und Tod die großen drei Ereignisse des Lebens bedeuten, hat recht . . .

Dann steht man in dem kleinen Goethe-Museum, das alles aufbewahrt hat, was an den Liebesbund Goethes und Friederikes erinnert: Briefe, Bücher, Bilder, gepresste Blumen, alte, vergilbte Blätter, bescheidene Schmuckstücke. Es sind tote Gegenstände, aber aus ihnen steigen lebendiges Fühlen und Hoffen, Glückseligkeit, Enttäuschung, Schmerz, Schuld und Verzweiflung auf, wie sie zwei junge Menschen durchpflustern. Das Bild der lieblichen Pfarrerstochter in ihrer Nationaltracht, wie sie Goethe beschrieb, gleitet unsichtbar durch den Raum, und die stillen Abende im Pfarrhaus, die Gastfreundschaft des freundlichen, in sich gekehrten Vaters, die präsenden Blicke der hochgewachsenen, immer noch ansehnlichen Mutter, die heitere Geselligkeit der älteren Schwester und des jüngeren Bruders — alles das fügt sich ein in diesen einfachen, ländlichen Rahmen, der sich verhältnismäßig wenig verändert hat. Die Häuser sind ja heute etwas anders gebaut; Technik und Zivilisation haben auch hier vieles gewandelt; aber das Leben der Bewohner fließt auch heute noch still und ohne die Hege der Großstadt dahin. Wohl sieht man nicht mehr die ansprechende deutsche Tracht mit dem schwarzen, knappen Nieder und der schwarzen Taffelhürze, aber die heranwachsenden jungen Dorfmadchen, die sich so lieblich ausnehmen in dieser von Feldern eingerahmten Dorfsidde, scheinen genau so wenig in städtisches Getriebe zu passen, wie Friederike Brion, als sie Goethe in Straßburg besuchte.

Auf dem alten Friedhof liegen auch die Gräber des Vaters und der Mutter Brion.

„Die man allhie zu Grab getragen, von ihnen wird man immer sagen, dieweil ihr Kind ein Liebesleben dem größten Dichter hat gegeben.“

Das ist die Grabinschrift, die einen verkündenden, verführenden Glanz über die Liebestragödie von Sesenheim zu breiten versucht. Ueber allem menschlichen Irren, allem Schmerz, aller Vergänglichkeit aber wölbt sich wie zur Zeit der Liebesnacht Goethes und Friederikes der tiefblaue Himmel des Elsass, der den Glanz dieser lieblichen Landschaft widerzuspiegeln scheint, und wie zur Zeit Goethes stehen noch heute tage, ja wochenlang Wolken über den entfernten Gebirgen am Horizont, ohne jemals den reinen Himmel dieser wunderbaren Ebene zu trüben. Rasche, vorübergehende Gewitter erquickten das Land, aber Sturm und Regen weichen schnell der Sonne, die alles in heitere und blühende Farben hüllt. Und fast will es uns unfaßbar scheinen, daß in einem solchen Lande der Schönheit und der idyllischen Dörfer, des blauen Himmels und der gesegneten Felder sich bitterste Erlebnisse, furchtbare Tragödien des einzelnen Menschen und des ganzen Volkes abgespielt haben können.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
 Staatsoper Unter den Linden.
 Donnerstag, den 17. September
 20 Uhr. Ende gegen 23 Uhr.
Ein Maskenball

Städt. Schauspielhaus
 Godesmumarkt.
 Anfang 20 Uhr
Das Nürnbergisch Ei

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
 Anfang 20 Uhr
Die dicke Frau

Winter Garten
 8.15 Uhr Flora 3434 Raschen erlischt
 Die sechs von der Staatsoper.
 Corlino Dollarsagen. Salerno.
 12 Bratanos. Rhoenrad-Sens etc.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
 Lothringer Straße 37.
Nur noch bis Freitag!
Das Parfüm meiner Frau
 Sonnabend z. 1. Male die tolle Posse
Dodo, das öffentliche Aergernis.
 Lachen! lachen ohne Ende!
 Gutschein 1-4 Personen.
 Parkett nur 50 Pf. Fauteuil 1.- Mark.
 Sessel 1.50 Mark.

SCALA
 Barbarossa 9256
 Tägl. 8 u. 8 1/2 U.
THE 22 INCENUES HUDSON-WONDERS
 und das große Sept.-Programm

PLAZA
 Tpl. 5, 8 1/2, 9, 2, 5, 8, 15
 Das neue Variete-Programm
 Die rollende Revue der 10 Dablar
 Raimonda-Ballett
 und weitere Attrakt.

GROSSES TAGLICH 8 UHR
SCHAUSMELH. 8 UHR
 REGIE: **Im Weissen Hof**
DER WELTERFOLG!

HAUS VATERLAND
 KURFÜRSTENDAMM
Feiernungs-Restaurant Berlins
 BETRIEB KEMPIŃSKI

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
Britton
 50 Jahre
Stettiner Sänger
 Nachmittags halbe Preise.

50 Jahre KARLSHORST
 Jubiläums-Meeting 2. Tag
 Donnerstag, 17. Septbr., 2 1/2 Uhr
 Hindenburg-Jagdrennen
 Senioren-Rennen.

Berliner Ulk-Trio
 Neukölln. Lahnstr. 74/75

ROSE-THEATER
„Rose Bernd“
 Traue Rose
 in der Titelrolle
 Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag 6 und 9 Uhr
 An allen andern Tagen 8 1/2 Uhr.
 Preise: 0.50-3.00
 Große Frankfurter Straße 132
 Vorverkauf: Täglich 11-1 und 3-9 U. E 7, 3422.

Städt. Oper
 Charlottenburg
 Bismarckstraße 34
 Donnerstag, 6. 17. 9.
 Turnus IV
 Anfang 20 Uhr
Don Pasquale
 Ende nach 22 Uhr

Volksbühne
 Theater am Köpenickplatz
 8 Uhr
Nebeneinander
 Volkstisch in 5 Akten von
 Georg Kaiser
 Regie: K. E. Marfa.

Lessing-Theater
 Dir. Dr. Robert Klein
 Tel.: Weidenau 0846.
 8 1/2 Uhr
Junge Liebe.
 Mosheim, Brausewetter, Hasek, Homolka.

5 weltberühmte Gemälde
 sollen durch seriöse Empfehlung ins In- od. Ausland verkauft werden. — Beiders. Diskretion str. Voraussetzung. — **Enorme Gewinnbeteiligung** garantiert. Anfragen unter **H. P. R. 9740** durch **Rudolf Mosse, Stuttgart.**

Weißt Du noch?
 In den zwei Monaten vom 6. November 1918 bis zum 5. Januar 1919 vollzogen sich die entscheidenden Ereignisse, die nach dem Zusammenbruch von 1918 die Geschichte des republikanischen Deutschlands einleiteten. Als zuverlässiger Führer durch diese Zeit erschien soeben in 2. durchgesehener Auflage **31. bis 38. Tausend**

Die November-Revolution
 von Hermann Müller-Franken
 Erinnerungen
 288 Seiten — Ganzleinen

„Niemand wird das Buch ohne sachlichen Nutzen und innere, menschliche Bereicherung lesen.“
 Gerhart Seger im „Folkblatt für Anhalt“

Preis 5.50 Mark
 (Für Mitglieder Sonderpreis!)

Verlag Der Bücherkreis
 G. m. b. H.
 Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7

Am Sonntag, dem 13. September, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, der Müller

Karl Altenkirch
 im Alter von 77 Jahren.
 Witwe A. Altenkirch und Angehörige.

Die Einäscherung erfolgt am Freitag, dem 18. September, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Baumfildenerweg.

Anfolge eines Unfalls verlor ich am 13. September drei Kronentafel-angefährte

Paul Kohl
 im 37. Lebensjahre.
 Während seiner fast 30-jährigen Tätigkeit im Dienste unserer Rasse hat der Verstorbene sich durch Fleiß und Pflichterfüllung ausgezeichnet und sich durch seine guten Charaktereigenschaften die größte Hochachtung und Liebe seiner Vorgesetzten und Kollegen erworben.

Wir werden dem Verstorbenen so feil die Bestrebungen ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand und die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.
 W. Brühmüller, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloßer

Paul Klawitter
 geboren 10. September 1891, am 13. September gestorben ist.
 Ihm sei ein ruhiges Andenken!
 Die Einäscherung findet Freitag, dem 18. September, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Baumfildenerweg, Riehlstraße, statt.
 Regie Beteiligung wird ermartet.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Achtung!
Verwaltungsmittglieder!
 Freitag, den 18. September, abends 7 Uhr, Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung.
 Die Ortsverwaltung.

Deutsches Theater
 8 Uhr
Kat
 Schauspiel nach Ernest Hemingway
 Deutsche Bühnenbearbeitung v. Carl Zuckmayer und Heinz Hilpert.
 Regie: Heinz Hilpert

Kurfürstendamm-Theater
 Bismarck 448/49
 8 1/2 Uhr
Die schöne Helena
 von Jaques Offenbach
 Regie: Max Reinhardt.

Theater des Westens
 Tägl. 8 u. 8 1/2
 Letzte Vorstellungen
Viktoria und ihr Husar
 Preise von M. 0.50 an
 Ab Dienstag
 6 Abendsvorstellungen
Richard Tauber
 in „Das Land des Lächelns“

Berliner Theater
 Charlottenstr. 90-92
 Dönh. 625-626.
Gruppe junger Schauspieler
 Heute 8 1/2 Uhr
 Uraufführung:
AVANTGARDE
 von Valentin Katajev.
 Preise 0.50 bis 4.—
 Garderobe, Programm 0.20 M.

Metropol-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 4 u. 8 1/2 U.
 die neue Paul-Abraham-Operette
Die Blume von Hawaii
 Preise von 1.— M. an.

Theater im Admiralspalast
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Der Sensationserfolg!
Die Dubarry
 mit **Gitta Alpar**
 Preise v. 0.50 M. an

Komische Oper
 8 1/2 Uhr
Thron zu vergeben
 Operette v. Neidhart
 Musik v. Witmann
 Leux, Eister, Lilien, Hendrik, Fels
 Preise: 0.50-2.— M.

Otto Wels
 in der Berliner Riesenkundgebung am 14. August 1931:
 „..... In der ausgezeichneten Broschüre des Gen. Faust:
„Das Panama der Nordwolle“
 die ich jedem zur Lektüre empfehlen kann.....“

Lies diese Broschüre! Sie kostet nur 10 Pf. und ist eine Sensation! 110 000 Exemplare sind schon verkauft und gelesen. Besorge dir die Schrift. Sie ist in der Volksbuchhandlung vorhanden

J. H. W. Dietz Nachf. GmbH. Berlin SW 68
 Lindenstraße 2 .: Abteilung Sortiment

Uhren von Wiese die gehen präzise

Zur Jugendweihe
10% auf Uhren, Brillanten und Schmucksachen
Passende Geschenke
 in allen Preislagen, wie Reisewecker, Zigaretten-Etuis, Ketten, Colliers, Feuerzeuge, Manschettenknöpfe, Freundschaftsringe usw.

14 kar. gold. Damen-Armbanduhren 18 Steine Schweizer Werk netto 17.— M.
 Silberne Herren-Armbanduhren 18 Steine Schweizer Werk . . . 13.—
 Herren-Taschenuhren, große Auswahl von 3.95 an

Zwei Jahre schriftliche Garantie
Große Auswahl in Brillanten-Gelegenheitskäufen
Hermann Wiese
 5, Kottbuser Damm 2
 N, Artilleriestraße 30
 W, Passauer Straße 12

KLEINE ANZEIGEN
 Ueberschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf.
 Wiederholungsabgabe: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz. / Stellengesuche: Ueberschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. / Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtlichen Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein

Verkäufe
Zinoleum
 Saiten, Kolonien, Straße 2.
Photographie
 8x12, komplett 25.—
 Markt, verkauft Kämpen, RD. 55, Ortelstraße 24.
Babytisch
 (hellblau) verkauft
 Belfah, Reinholdstr., Behrmannstr. 21. 6
Kinderschlafstühle
 und Gabelstühle
 verkauft Rosa Tempel, Kottbuser Damm 166. 6

Fahrräder
200 prima Maxrad
 mit Zepedastrellen
 und prima Bereifung, in best. und frischer, etwas befristet, Geld nur 15.— und 15.—
 Wagnow, Weinmeisterstraße 14.
Gebühren
 15.—, 20.—, 25.—
 30.—, Wagnow, Weinmeisterstraße 14.
Wellenräder
 wegen vorgerückter Saison viel billiger.
 Wellenräder jetzt 45.—, 55.—, 65.—, 75.—, 85.—, 95.—, 105.—, 115.—, 125.—, 135.—, 145.—, 155.—, 165.—, 175.—, 185.—, 195.—, 205.—, 215.—, 225.—, 235.—, 245.—, 255.—, 265.—, 275.—, 285.—, 295.—, 305.—, 315.—, 325.—, 335.—, 345.—, 355.—, 365.—, 375.—, 385.—, 395.—, 405.—, 415.—, 425.—, 435.—, 445.—, 455.—, 465.—, 475.—, 485.—, 495.—, 505.—, 515.—, 525.—, 535.—, 545.—, 555.—, 565.—, 575.—, 585.—, 595.—, 605.—, 615.—, 625.—, 635.—, 645.—, 655.—, 665.—, 675.—, 685.—, 695.—, 705.—, 715.—, 725.—, 735.—, 745.—, 755.—, 765.—, 775.—, 785.—, 795.—, 805.—, 815.—, 825.—, 835.—, 845.—, 855.—, 865.—, 875.—, 885.—, 895.—, 905.—, 915.—, 925.—, 935.—, 945.—, 955.—, 965.—, 975.—, 985.—, 995.—, 1005.—, 1015.—, 1025.—, 1035.—, 1045.—, 1055.—, 1065.—, 1075.—, 1085.—, 1095.—, 1105.—, 1115.—, 1125.—, 1135.—, 1145.—, 1155.—, 1165.—, 1175.—, 1185.—, 1195.—, 1205.—, 1215.—, 1225.—, 1235.—, 1245.—, 1255.—, 1265.—, 1275.—, 1285.—, 1295.—, 1305.—, 1315.—, 1325.—, 1335.—, 1345.—, 1355.—, 1365.—, 1375.—, 1385.—, 1395.—, 1405.—, 1415.—, 1425.—, 1435.—, 1445.—, 1455.—, 1465.—, 1475.—, 1485.—, 1495.—, 1505.—, 1515.—, 1525.—, 1535.—, 1545.—, 1555.—, 1565.—, 1575.—, 1585.—, 1595.—, 1605.—, 1615.—, 1625.—, 1635.—, 1645.—, 1655.—, 1665.—, 1675.—, 1685.—, 1695.—, 1705.—, 1715.—, 1725.—, 1735.—, 1745.—, 1755.—, 1765.—, 1775.—, 1785.—, 1795.—, 1805.—, 1815.—, 1825.—, 1835.—, 1845.—, 1855.—, 1865.—, 1875.—, 1885.—, 1895.—, 1905.—, 1915.—, 1925.—, 1935.—, 1945.—, 1955.—, 1965.—, 1975.—, 1985.—, 1995.—, 2005.—, 2015.—, 2025.—, 2035.—, 2045.—, 2055.—, 2065.—, 2075.—, 2085.—, 2095.—, 2105.—, 2115.—, 2125.—, 2135.—, 2145.—, 2155.—, 2165.—, 2175.—, 2185.—, 2195.—, 2205.—, 2215.—, 2225.—, 2235.—, 2245.—, 2255.—, 2265.—, 2275.—, 2285.—, 2295.—, 2305.—, 2315.—, 2325.—, 2335.—, 2345.—, 2355.—, 2365.—, 2375.—, 2385.—, 2395.—, 2405.—, 2415.—, 2425.—, 2435.—, 2445.—, 2455.—, 2465.—, 2475.—, 2485.—, 2495.—, 2505.—, 2515.—, 2525.—, 2535.—, 2545.—, 2555.—, 2565.—, 2575.—, 2585.—, 2595.—, 2605.—, 2615.—, 2625.—, 2635.—, 2645.—, 2655.—, 2665.—, 2675.—, 2685.—, 2695.—, 2705.—, 2715.—, 2725.—, 2735.—, 2745.—, 2755.—, 2765.—, 2775.—, 2785.—, 2795.—, 2805.—, 2815.—, 2825.—, 2835.—, 2845.—, 2855.—, 2865.—, 2875.—, 2885.—, 2895.—, 2905.—, 2915.—, 2925.—, 2935.—, 2945.—, 2955.—, 2965.—, 2975.—, 2985.—, 2995.—, 3005.—, 3015.—, 3025.—, 3035.—, 3045.—, 3055.—, 3065.—, 3075.—, 3085.—, 3095.—, 3105.—, 3115.—, 3125.—, 3135.—, 3145.—, 3155.—, 3165.—, 3175.—, 3185.—, 3195.—, 3205.—, 3215.—, 3225.—, 3235.—, 3245.—, 3255.—, 3265.—, 3275.—, 3285.—, 3295.—, 3305.—, 3315.—, 3325.—, 3335.—, 3345.—, 3355.—, 3365.—, 3375.—, 3385.—, 3395.—, 3405.—, 3415.—, 3425.—, 3435.—, 3445.—, 3455.—, 3465.—, 3475.—, 3485.—, 3495.—, 3505.—, 3515.—, 3525.—, 3535.—, 3545.—, 3555.—, 3565.—, 3575.—, 3585.—, 3595.—, 3605.—, 3615.—, 3625.—, 3635.—, 3645.—, 3655.—, 3665.—, 3675.—, 3685.—, 3695.—, 3705.—, 3715.—, 3725.—, 3735.—, 3745.—, 3755.—, 3765.—, 3775.—, 3785.—, 3795.—, 3805.—, 3815.—, 3825.—, 3835.—, 3845.—, 3855.—, 3865.—, 3875.—, 3885.—, 3895.—, 3905.—, 3915.—, 3925.—, 3935.—, 3945.—, 3955.—, 3965.—, 3975.—, 3985.—, 3995.—, 4005.—, 4015.—, 4025.—, 4035.—, 4045.—, 4055.—, 4065.—, 4075.—, 4085.—, 4095.—, 4105.—, 4115.—, 4125.—, 4135.—, 4145.—, 4155.—, 4165.—, 4175.—, 4185.—, 4195.—, 4205.—, 4215.—, 4225.—, 4235.—, 4245.—, 4255.—, 4265.—, 4275.—, 4285.—, 4295.—, 4305.—, 4315.—, 4325.—, 4335.—, 4345.—, 4355.—, 4365.—, 4375.—, 4385.—, 4395.—, 4405.—, 4415.—, 4425.—, 4435.—, 4445.—, 4455.—, 4465.—, 4475.—, 4485.—, 4495.—, 4505.—, 4515.—, 4525.—, 4535.—, 4545.—, 4555.—, 4565.—, 4575.—, 4585.—, 4595.—, 4605.—, 4615.—, 4625.—, 4635.—, 4645.—, 4655.—, 4665.—, 4675.—, 4685.—, 4695.—, 4705.—, 4715.—, 4725.—, 4735.—, 4745.—, 4755.—, 4765.—, 4775.—, 4785.—, 4795.—, 4805.—, 4815.—, 4825.—, 4835.—, 4845.—, 4855.—, 4865.—, 4875.—, 4885.—, 4895.—, 4905.—, 4915.—, 4925.—, 4935.—, 4945.—, 4955.—, 4965.—, 4975.—, 4985.—, 4995.—, 5005.—, 5015.—, 5025.—, 5035.—, 5045.—, 5055.—, 5065.—, 5075.—, 5085.—, 5095.—, 5105.—, 5115.—, 5125.—, 5135.—, 5145.—, 5155.—, 5165.—, 5175.—, 5185.—, 5195.—, 5205.—, 5215.—, 5225.—, 5235.—, 5245.—, 5255.—, 5265.—, 5275.—, 5285.—, 5295.—, 5305.—, 5315.—, 5325.—, 5335.—, 5345.—, 5355.—, 5365.—, 5375.—, 5385.—, 5395.—, 5405.—, 5415.—, 5425.—, 5435.—, 5445.—, 5455.—, 5465.—, 5475.—, 5485.—, 5495.—, 5505.—, 5515.—, 5525.—, 5535.—, 5545.—, 5555.—, 5565.—, 5575.—, 5585.—, 5595.—, 5605.—, 5615.—, 5625.—, 5635.—, 5645.—, 5655.—, 5665.—, 5675.—, 5685.—, 5695.—, 5705.—, 5715.—, 5725.—, 5735.—, 5745.—, 5755.—, 5765.—, 5775.—, 5785.—, 5795.—, 5805.—, 5815.—, 5825.—, 5835.—, 5845.—, 5855.—, 5865.—, 5875.—, 5885.—, 5895.—, 5905.—, 5915.—, 5925.—, 5935.—, 5945.—, 5955.—, 5965.—, 5975.—, 5985.—, 5995.—, 6005.—, 6015.—, 6025.—, 6035.—, 6045.—, 6055.—, 6065.—, 6075.—, 6085.—, 6095.—, 6105.—, 6115.—, 6125.—, 6135.—, 6145.—, 6155.—, 6165.—, 6175.—, 6185.—, 6195.—, 6205.—, 6215.—, 6225.—, 6235.—, 6245.—, 6255.—, 6265.—, 6275.—, 6285.—, 6295.—, 6305.—, 6315.—, 6325.—, 6335.—, 6345.—, 6355.—, 6365.—, 6375.—, 6385.—, 6395.—, 6405.—, 6415.—, 6425.—, 6435.—, 6445.—, 6455.—, 6465.—, 6475.—, 6485.—, 6495.—, 6505.—, 6515.—, 6525.—, 6535.—, 6545.—, 6555.—, 6565.—, 6575.—, 6585.—, 6595.—, 6605.—, 6615.—, 6625.—, 6635.—, 6645.—, 6655.—, 6665.—, 6675.—, 6685.—, 6695.—, 6705.—, 6715.—, 6725.—, 6735.—, 6745.—, 6755.—, 6765.—, 6775.—, 6785.—, 6795.—, 6805.—, 6815.—, 6825.—, 6835.—, 6845.—, 6855.—, 6865.—, 6875.—, 6885.—, 6895.—, 6905.—, 6915.—, 6925.—, 6935.—, 6945.—, 6955.—, 6965.—, 6975.—, 6985.—, 6995.—, 7005.—, 7015.—, 7025.—, 7035.—, 7045.—, 7055.—, 7065.—, 7075.—, 7085.—, 7095.—, 7105.—, 7115.—, 7125.—, 7135.—, 7145.—, 7155.—, 7165.—, 7175.—, 7185.—, 7195.—, 7205.—, 7215.—, 7225.—, 7235.—, 7245.—, 7255.—, 7265.—, 7275.—, 7285.—, 7295.—, 7305.—, 7315.—, 7325.—, 7335.—, 7345.—, 7355.—, 7365.—, 7375.—, 7385.—, 7395.—, 7405.—, 7415.—, 7425.—, 7435.—, 7445.—, 7455.—, 7465.—, 7475.—, 7485.—, 7495.—, 7505.—, 7515.—, 7525.—, 7535.—, 7545.—, 7555.—, 7565.—, 7575.—, 7585.—, 7595.—, 7605.—, 7615.—, 7625.—, 7635.—, 7645.—, 7655.—, 7665.—, 7675.—, 7685.—, 7695.—, 7705.—, 7715.—, 7725.—, 7735.—, 7745.—, 7755.—, 7765.—, 7775.—, 7785.—, 7795.—, 7805.—, 7815.—, 7825.—, 7835.—, 7845.—, 7855.—, 7865.—, 7875.—, 7885.—, 7895.—, 7905.—, 7915.—, 7925.—, 7935.—, 7945.—, 7955.—, 7965.—, 7975.—, 7985.—, 7995.—, 8005.—, 8015.—, 8025.—, 8035.—, 8045.—, 8055.—, 8065.—, 8075.—, 8085.—, 8095.—, 8105.—, 8115.—, 8125.—, 8135.—, 8145.—, 8155.—, 8165.—, 8175.—, 8185.—, 8195.—, 8205.—, 8215.—, 8225.—, 8235.—, 8245.—, 8255.—, 8265.—, 8275.—, 8285.—, 8295.—, 8305.—, 8315.—, 8325.—, 8335.—, 8345.—, 8355.—, 8365.—, 8375.—, 8385.—, 8395.—, 8405.—, 8415.—, 8425.—, 8435.—, 8445.—, 8455.—, 8465.—, 8475.—, 8485.—, 8495.—, 8505.—, 8515.—, 8525.—, 8535.—, 8545.—, 8555.—, 8565.—, 8575.—, 8585.—, 8595.—, 8605.—, 8615.—, 8625.—, 8635.—, 8645.—, 8655.—, 8665.—, 8675.—, 8685.—, 8695.—, 8705.—, 8715.—, 8725.—, 8735.—, 8745.—, 8755.—, 8765.—, 8775.—, 8785.—, 8795.—, 8805.—, 8815.—, 8825.—, 8835.—, 8845.—, 8855.—, 8865.—, 8875.—, 8885.—, 8895.—, 8905.—, 8915.—, 8925.—, 8935.—, 8945.—, 8955.—, 8965.—, 8975.—, 8985.—, 8995.—, 9005.—, 9015.—, 9025.—, 9035.—, 9045.—, 9055.—, 9065.—, 9075.—, 9085.—, 9095.—, 9105.—, 9115.—, 9125.—, 9135.—, 9145.—, 9155.—, 9165.—, 9175.—, 9185.—, 9195.—, 9205.—, 9215.—, 9225.—, 9235.—, 9245.—, 9255.—, 9265.—, 9275.—, 9285.—, 9295.—, 9305.—, 9315.—, 9325.—, 9335.—, 9345.—, 9355.—, 9365.—, 9375.—, 9385.—, 9395.—, 9405.—, 9415.—, 9425.—, 9435.—, 9445.—, 9455.—, 9465.—, 9475.—, 9485.—, 9495.—, 9505.—, 9515.—, 9525.—, 9535.—, 9545.—, 9555.—, 9565.—, 9575.—, 9585.—, 9595.—, 9605.—, 9615.—, 9625.—, 9635.—, 9645.—, 9655.—, 9665.—, 9675.—, 9685.—, 9695.—, 9705.—, 9715.—, 9725.—, 9735.—, 9745.—, 9755.—, 9765.—, 9775.—, 9785.—, 9795.—, 9805.—, 9815.—, 9825.—, 9835.—, 9845.—, 9855.—, 9865.—, 9875.—, 9885.—, 9895.—, 9905.—, 9915.—, 9925.—, 9935.—, 9945.—, 9955.—, 9965.—, 9975.—, 9985.—, 9995.—, 10005.—, 10015.—, 10025.—, 10035.—, 10045.—, 10055.—, 10065.—, 10075.—, 10085.—, 10095.—, 10105.—, 10115.—, 10125.—, 10135.—, 10145.—, 10155.—, 10165.—, 10175.—, 10185.—, 10195.—, 10205.—, 10215.—, 10225.—, 10235.—, 10245.—, 10255.—, 10265.—, 10275.—, 10285.—, 10295.—, 10305.—, 10315.—, 10325.—, 10335.—, 10345.—, 10355.—, 10365.—, 10375.—, 10385.—, 10395.—, 10405.—, 10415.—, 10425.—, 10435.—, 10445.—, 10455.—, 10465.—, 10475.—, 10485.—, 10495.—, 10505.—, 10515.—, 10525.—, 10535.—, 10545.—, 10555.—, 10565.—, 10575.—, 10585.—, 10595.—, 10605.—, 10615.—, 10625.—, 10635.—, 10645.—, 10655.—, 10665.—, 10675.—, 10685.—, 10695.—, 10705.—, 10715.—, 10725.—, 10735.—, 10745.—, 10755.—, 10765.—, 10775.—, 10785.—, 10795.—, 10805.—, 10815.—, 10825.—, 10835.—, 10845.—, 10855.—, 10865.—, 10875.—, 108

Die Finanzen der Friedensgesellschaft.

Wer hat sie unterstützt?

Der Privatbeleidigungsprozeß des Geschäftsführers der Deutschen Friedensgesellschaft Küster gegen die Redakteure des „Tag“, der „Deutschen Volkswacht“, der „Siegener Zeitung“ und der „Roten Fahne“, die gegen die Friedensgesellschaft den Vorwurf erhoben haben, sie hätte französische, tschechische und polnische Regierungsgelder erhalten, konnte gestern nicht zu Ende geführt werden. Voraussichtlich dürfte er noch zwei weitere Tage in Anspruch nehmen. Mit jeder neuen Zeugenvernehmung erscheint die Angelegenheit immer verwickelter, es ist nicht leicht, Tatsachen und vage Vermutungen auseinanderzuhalten. Bisher hat der Nebenkläger, gegen den die Beklagten einen großen Zeugenapparat aufgeboten haben, nicht schlecht abgeschnitten. Der Nachweis, daß irgendwelche fremde Regierungsgelder durch seine Hände, also durch die Friedensgesellschaft gegangen seien, konnte nicht erbracht werden!

Als eine um so problematischere Natur erscheint der frühere Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft und späteres Präsidialmitglied, der Schriftsteller Hans Schwann. Er war es, der von Prof. Förster in Paris die 30 000 Franken eingehändigert erhielt und sie, wie er behauptete, an das Reichsbanner für die Wahlpropaganda zwecks Schaffung eines pazifistischen Reichstages übermittelte hat. Als diese Geldübergabe seinerzeit Gegenstand heftiger Erörterungen in der Öffentlichkeit wurde, hat der Vorsitzende des Reichsbanners Hörning erklärt, daß er wohl vom Vorstandsmittglied der Liga für Menschenrechte Lehmann-Ruhbült 3000 Mark erhalten habe, daß ihm aber bei der Uebergabe des Geldes versichert worden sei, sie stammten von deutschen republikanischen Quellen. Er hätte selbstverständlich unter keinen Umständen Gelder entgegengenommen, die aus fremdländischen Quellen herrührten.

Der Zeuge Schwann blieb trotz wiederholten Vorhaltes der Verteidigung bei seiner Behauptung, daß die ihm von Förster übergebenen 30 000 Franken von der französischen Liga für Menschenrechte stammten und für keinen anderen Zweck als den von ihm benannten bestimmt gewesen seien. Die Friedensgesellschaft habe davon keinen Pfennig erhalten. Außerst peinlich wurde die Situation für den Zeugen, als ihm von der Verteidigung ein Brief vorgehalten wurde, in dem er unter Berufung auf sein Ehrenwort mit aller Entschiedenheit bestritten hatte, je direkt oder indirekt aus irgendeiner privaten oder amtlichen französischen Quelle 30 000 Franken oder eine ähnliche Summe erhalten zu haben. Das wäre er bereit, hieß es weiter, vor Gericht mit seinem Eide zu erhärten. Dieser Brief war in Verbindung mit einer eidesstattlichen Erklärung geschrieben worden, die die Sekretärin der Deutschen Friedensgesellschaft, Frau Hellmeier, darüber abgegeben hatte, daß die von Schwann in Paris erhaltenen Gelder in deutschen pazifistischen Kreisen verteilt worden seien. Diese Erklärung hat Frau Hellmeier später widerrufen.

Ueberhaupt spielen Widerrufe in dieser Verhandlung eine große Rolle. So hatte z. B. Prof. Förster widerrufen, die in einem Briefe aufgestellte Behauptung, die Zuwendung an Herrn Schwann stammten von dem französischen Ministerpräsidenten Herriot. Später sagte er, das Geld sei von dem Mitglied des Zentralkomitees der französischen Liga für Menschenrechte durch Vermittlung ihres Vorsitzenden Prof. Basch an Schwann überreicht worden. Desgleichen hatte er auch seine ursprüngliche Erklärung widerrufen müssen, daß die an die Deutsche Liga für Menschenrechte aus der Tschechoslowakei zum Zwecke der Propaganda des Pazifismus in Deutschland in Höhe von 85 000 Mark zugesandten Gelder von dem sogenannten Moriz-Fonds, in Wirklichkeit dem Beneš-Rosary-Fonds stammten. Später nannte er eine andere Quelle.

Das in Verbindung mit den Normürfen gegen Küster ausgeschlossene Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft Dr. Hiller, gestern als Zeuge vernommen, glaubte auch jetzt noch die gegen den Kläger erhobenen Vorwürfe, fremde Regierungsgelder empfangen zu haben, aufrechterhalten zu müssen. Es sei zu unterscheiden, sagte er, zwischen der Deutschen Friedensgesellschaft als E. V. und der Deutschen Friedensbewegung, wenn man über die Zuwendungen amtlicher ausländischer Gelder spreche. Tatsache sei, daß eine gewisse Clique, die sich aus prominenten Funktionären der Deutschen Friedensgesellschaft und der Deutschen Liga für Menschenrechte zusammensetzte, solche Gelder erhalten habe, um sie für ihre politischen Ideale zu verwenden. Zu diesen Leuten gehörte u. a. außer Schwann auch Küster. In einem Briefe von Prof. Förster an Frau Röttcher, die Geschäftsführerin der Zeitschrift „Das andere Deutschland“, sei die Summe von 6000 Mark genannt worden, die von dem sogenannten Moriz-Fonds stammen sollten. Später erklärte jedoch Prof. Förster, sie kämen von einem westschweizerischen Fonds. Prof. Förster habe im Jahre 1923 die Bekanntschaft zwischen Schwann und dem tschechischen Minister Beneš vermittelt. Die Folge davon sei gewesen, daß 100 000 Mark der Liga für Menschenrechte zur Verfügung gestellt, von denen 82 000 Mark ausgezahlt worden seien. Diese Summe sei auch zugegeben worden; es sei nur behauptet worden, daß das Geld aus der Kasse der tschechischen Liga für Menschenrechte stamme. In Wirklichkeit habe aber diese Liga damals überhaupt noch gar nicht existiert. Die Deutsche Liga für Menschenrechte habe aber mit Hilfe der tschechischen Gelder die Deutsche Friedensgesellschaft indirekt subventioniert, indem sie sich auf tausend Exemplare des Organs von Küster „Das andere Deutschland“ abonniert habe. Man habe in Paris, Warschau und Prag das Geld nur gegeben, weil man dort gemerkt habe, daß eine gewisse Sorte Pazifisten die Politik verteidigen würde, die den Geldgebern genehm sei: eine antideutsche und eine antirussische Politik. Die von Prof. Basch in Paris überreichten 30 000 Franken rührten von Herriot her. Küster habe mit Schwann nicht gebrochen, obgleich der Schiedspruch, der in der Sache des Zeugen mit dem heutigen Kläger gefällt worden sei, ein Weiterwirken Schwanns in der Friedensbewegung für untragbar erklärt habe. Schwann habe unter einem Pseudonym am Organ „Das andere Deutschland“ nach wie vor mitgearbeitet. Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld stellt fest, daß die Behauptungen des Zeugen in bezug auf Küster nur Vermutungen sind.

Für die Beurteilung der Stichhaltigkeit der gegen den Kläger erhobenen Vorwürfe war die Aussage des Redakteurs Dr. Karl Risch, eines der Schiedsrichter in der Angelegenheit Küster-Hiller, von Bedeutung. Bei dem französischen Fragekomplex sei damals festgestellt worden, befandete Dr. Risch, daß Küster mit der Sache nichts zu tun gehabt hätte. Bei den tschechischen Geldern hätten die Dinge so gelegen, daß Küster nicht der Vorwurf hätte gemacht werden können, er hätte gemerkt, daß das Abonnement der Zeitschrift „Das andere Deutschland“ von der Liga für Menschenrechte mit ausländischen Geldern bezahlt werde. Mit den Geldern, die Schwann für seine schriftstellerische Tätigkeit von der polnischen Gefandtschaft in Berlin erhalten habe, hätte Küster überhaupt nichts zu schaffen. Bisher wäre es richtiger gewesen, wenn er Schwann nicht mehr im Organ der Deutschen Friedensgesellschaft beschäftigt hätte. ~~Wendungen habe Küster bereits damals erklärt, daß das~~

Aus — das Spiel in Boizenburg!



Da es dem Sowjetzar Alexander nicht vergönnt war, an der Spitze seiner Truppen zu sterben, übergibt er dem Vertreter der mecklenburgischen Regierung seinen revolutionären Füllfederhalter.

Völkerbund und Minderheiten.

Aussprachen im Völkerbunds-ausschuß.

Genf, 16. September. (Eigenbericht.)

Die Europa-Kommission hat am Mittwoch im Völkerbunds-Ausschuß des Völkerbundes ihren Berechtigungs-schein erhalten. Die Einwände Japans und Persiens, daß trotz vielen Aufwands nichts erreicht worden sei, drangen nicht durch. Man überwies den wirtschaftlichen Teil der Europaarbeit an die zweite Kommission und nahm ohne Widerspruch eine Entschließung an, in der die Völkerversammlung aufgefordert wird, mit Befriedigung von den bisherigen Arbeiten Kenntnis zu nehmen und Organisation sowie Arbeitsweise der Europa-Kommission anzuerkennen. Die künftige Arbeit soll sich stärker der Instanzen des Völkerbundes bedienen und ihnen alle Probleme von unierischem Interesse übergeben. Das Spezialkomitee zur Beratung des Sowjetantrages eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes soll später in Abstimmung mit dem Völkerbunde auch außer-europäischer Staaten.

Dr. Curtius leitete dann die Aussprache über die Behandlung der Minderheitenpetitionen auf Grund des Madrider Verfahrens ein. Er erinnert an die Rede des früheren englischen Außenministers Henderson, der die logische Durchführung des Minderheitenschutzes als lebenswichtige Notwendigkeit für die Erhaltung des Friedens bezeichnete. Die Ratsaus-sprache im Mai müsse der Ausgangspunkt für eine ständige Form des Systems für Minderheitenschutz sein. In dem Minderheitenkomitee seien 1930 nur 57 Fälle behandelt worden, während in diesem Jahre über 200 anhängig gemacht wurden, von denen 70 als zulässig bezeichnet seien. Die Rechte der Minderheiten zur Auf-

rufung des Völkerbundes dürften in keiner Weise beschränkt werden, ebenso dürften

keine Vergeltungsmaßnahmen noch Beschwerden einreichen. Die gute Arbeit der Minderheitenkomitees könne noch erhöht werden, wenn öfters die im Madrider Abkommen von 1920 vorgesehene Erhöhung von 3 auf 5 Mitglieder beantragt würde. Auch sollten die Regierungen stets ihre Erlaubnis zur Veröffentlichung der Komitee-Entscheidungen geben, was das Vertrauen der Minderheiten nur stärken werde. Es seien zwar sichtbare Fortschritte gemacht, aber der Völkerbund müsse seine Aufgabe immer besser erfüllen, die heiligen Rechte der Minderheiten zu schützen.

Griechenland, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien ließen gemeinsam erklären, daß sie sich jedem Vorschlag widersetzen würden, der über die bestehenden Minderheitenverträge hinausgehe. Graf Apponyi-Ungarn verlangte die Veröffentlichung der Regierungsantworten auf Beschwerden, während der Kanadier Beaubien als einziger die Notwendigkeit einer ständigen Minderheitenkommission mit öffentlichen Verhandlungen betonte. Lord Cecil und Petch-Frankreich unterstrichen die Ausführungen von Curtius. Spanien hat zur Beratung der Minderheitenfrage einen Vertreter aus der jetzt autonomen Minderheit Kataloniens entsandt. Dieser erklärte, daß seine Zugehörigkeit zur spanischen Delegation alle Gerüchte über eine drohende Spaltung in Spanien widerlegte. Die Verfahrensfrage allein sei nicht das wichtigste am Minderheitenproblem, man solle den Minderheiten, so wie es die Republik Spanien jetzt getan habe, ihre kulturellen Freiheiten geben, dann sei das psychologische Problem gelöst. Da kein endgültiger Antrag vorlag, wird der Völkerversammlung ein Bericht über die Aussprache erstattet werden.

Schiedsgericht bei seinen Feststellungen über Schwann seine Be-jugnisse überschritten hätte.

Einen äußerst peinlichen Eindruck machte die Erklärung des Schriftstellers Röttcher, des früheren Redakteurs der Zeitschrift „Das andere Deutschland“, daß er der Ansicht sei, die deutsche Friedensbewegung dürfe bei ihrer pazifistischen Tätigkeit sich auch fremder Regierungsgelder bedienen. Der Kläger Küster äußerte sich demgegenüber auf die an ihn von der Verteidigung gerichtete Frage, daß er im Gegensatz zu Röttcher dies für vollkommen unzulässig halte.

Heute folgt die Vernehmung des Schriftstellers Schwann zur Frage der tschechischen und der polnischen Gelder.

Schieles Schraube ohne Ende.

Auch Zinsverbilligung für Hafer und Weidewieh.

Um der Landwirtschaft die Zurückhaltung ihrer Erntevorräte zu erleichtern, und damit eine künstliche Hochhaltung der Preise zu ermöglichen, werden seit einigen Wochen für alle Kredite, die zur Ernährungsfinanzierung von Weizen, Roggen und Gerste in Anspruch genommen werden, die Zinsen zu Lasten der Reichskasse auf 4 Prozent verbilligt. Damit wird die getreidebauende Landwirtschaft vor allen anderen Wirtschaftszweigen, die den Reichsbankdiskont von 8 Proz. zu zahlen haben, bevorzugt.

Dieses System der Zinssubventionen ist jetzt nicht nur auf weitere vier Wochen verlängert, sondern es ist auch auf die Hafer- und Weidewirtschaft ausgedehnt worden, so daß die gesamte Getreidewirtschaft in den Vorzug der Zinsverbilligung gelangt ist. Dieses ausgezeichnete Mittel, mit dem die Preise hochgehalten werden können, wollen sich natürlich gern auch die anderen Zweige der Landwirtschaft zunutze machen.

Jetzt wird bekannt, daß die Raster von Weidewirtschaft in Schleswig, welches in diesem Jahre infolge der kalten und nassen Witterung nicht voll ausgemästet werden konnte, die gleichen Zinssubventionen wie die Getreidewirtschaft erhalten. Damit wird den dortigen Landwirten ermöglicht, anstatt das Vieh an den Fleischer zu verkaufen, es an Landwirte, die genügend Futter besitzen, zur Weitermast abzugeben. Unvollständig gemästetes Vieh zu schlachten, ist gewiß, volkswirtschaftlich gesehen, eine Verschwendung, und wenn den Geräsern, so nennt man die Landwirte an der Westküste Schleswig-Holsteins, die auf Pachtweiden Ochsen mästen, etwas geholfen werden sollte, weil sie infolge der Ueberschwemmungen Not leiden, wäre auch nichts dagegen einzuwenden.

Aber nicht wegen des künftigen Wetters sind die Geräser in Not,

sondern weil die Pachtpreise für das Weideland viel zu hoch und nicht den inzwischen gesunkenen Fleischpreisen angepaßt sind. Im benachbarten Dänemark sind die Pachtpreise noch nicht halb so hoch. Also nur um den Grundbesitzern eine möglichst hohe Bodenerente zu sichern, muß das Reich Subventionen über Subventionen zahlen. Und der Herr Gutsbesitzer und Reichsernährungsminister Schiele ist selbstverständlich der erste, der diese Subventionen bewilligt.

Der Juristenfandal.

Landgerichtsdirektor Arndt weiter beurlaubt.

Am Dienstag wäre der Urlaub des Landgerichtsdirektors Arndt abgelaufen und der Richter hätte am Mittwoch seine Tätigkeit in Moabit wieder aufnehmen müssen. Mit Rücksicht auf die noch schwebende Untersuchung des Falles Glade-Stinnes ist jedoch der Urlaub des Landgerichtsdirektors zunächst bis zum Ende dieses Monats verlängert worden, weil bis dahin ein Untersuchungsergebnis vorliegen und die Möglichkeit für entsprechende Entscheidungen gegeben sein dürfte. Bisher ist also Dr. Arndt lediglich als beurlaubt und keineswegs als vom Dienst suspendiert zu betrachten. Nach allem, was vorgefallen und über die Angelegenheit Glade-Stinnes bekannt geworden ist, hält man es in Moabit aber für ausgeschlossen, daß Dr. Arndt als Strafrichter dorthin zurückkehren wird. Auch wenn festgestellt wird, daß er sich in keiner Weise Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, dürfte seine Verfehlung an das Zivilgericht außer Zweifel stehen.

Im übrigen werden jetzt weitere Vorwürfe gegen Rechtsanwalt Glade laut, und zwar dahingehend, daß er noch während seiner Tätigkeit als Gerichtsassessor in ein Steuerverfahren gegen einen Berliner Kaufmann deshalb verwickelt gewesen sei, weil er auch hier ähnlich wie später im Fall Stinnes eine „vermittelnde und beratende Rolle“ gespielt habe. Es handelt sich dabei um die Beziehungen zwischen Glade und einem bekannten Berliner Häusermakler. Genau wie später nach dem Stinnes-Prozess von Rechtsanwalt Dr. Samwer soll Glade auch hier längere Zeit hindurch monatliche Zuwendungen in einer Höhe von 300 bis 500 M. erhalten haben. In einer seiner Klagen im Fall Stinnes betont Glade auch selbst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die er geraten sei, nachdem regelmäßige Unterstützungen eines „Freundes“ ausgeblieben seien. Bei diesem „Freund“ soll es sich in Wirklichkeit um den dreifachen Häusermakler handeln.

Verloren Lohnabbau!

Gefährliche Experimente bei den Berliner städtischen Werken.

Gestern fanden Verhandlungen zwischen den Direktoren der Städtischen Gas- und Wasserwerke und dem Gesamtverband und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband über die Neujustierung der Löhne in den Städtischen Gas- und Wasserwerken statt. Die Direktoren traten dabei mit der erstaunlichen und befremdlichen Forderung hervor, die Löhne sämtlicher Arbeiter ab 1. Oktober abzubauen.

Arbeiten etwa die Städtischen Gas- und Wasserwerke unentgeltlich? Niemand wird dies zu behaupten wagen. Niemand wird auch behaupten können, daß die Städtischen Gas- und Wasserwerke überhöhte Preise nehmen. Weshalb also ein Lohnabbau?

Geradezu ungeheuerlich ist jedoch das Ausmaß des Lohnabbaues, den die Direktoren von den Arbeitern verlangen. Allgemein sollen nämlich die Löhne um nicht weniger als 12 Prozent pro Stunde gekürzt werden! Man sieht sich an den Kopf angefaßt einer derartigen Forderung von Unternehmen, die der Stadt Berlin erhebliche Ueberschüsse abliefern.

Run haben die Direktoren durchblicken lassen, daß sie gemäßigteren unter Druck gesetzt seien und auf Wunsch „von oben“ eine derartige Forderung aufgestellt hätten.

Es kann sich da offenbar nur um den Bürgermeister Dr. Eissas handeln, der sich offenbar in den Kopf gesetzt hat, die Löhne der städtischen Arbeiter in Berlin auf das Niveau der Arbeiter einer kleinen Provinzstadt herabzubringen.

Die Berliner städtischen Arbeiter haben bisher durch ihre Leistungen bewiesen, daß ihre Löhne keineswegs zu hoch sind. Wenn der neue Bürgermeister seine Aufgabe darin sieht, diese Löhne zu drücken, dann muß ihm gesagt werden, daß man in Berlin von ihm andere Leistungen erwartet.

Natürlich beruft man sich auf die städtische Finanzmiserie, die diese Forderungen notwendig mache. Man kann es wohl aussprechen, daß die Arbeiterschaft in weitestem Sinne und auch die städtischen Arbeiter nicht nur Verständnis haben für diese Finanznot, sondern auch bisher, mehr als ihnen zukommt, Opfer gebracht haben. Ihnen aber sozusagen alles aufzupacken und außerdem ihre Löhne noch auf ein unerträgliches Maß herabzubringen, das ist zuviel.

Es bedarf wohl keiner besonderen Ermahnung, daß infolge dieser Forderung der Direktion eine Verhängung ausgeprochen war. Nach kurzer Dauer wurde die Verhandlung abgebrochen. Das Datum der Fortsetzung der Debatte ist noch nicht festgelegt. Jedenfalls muß jetzt schon mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß ein Versuch, einen derartigen Lohnabbau durchzusetzen, unweigerlich zu den schwersten Komplikationen führen muß. Die ausgezeichnet organisierten Arbeiter der Städtischen Gas- und Wasserwerke würden sich einen derartigen Lohnabbau unter keinen Umständen gefallen lassen.

Erntestreikpleite der KPD.

Der Dreschmaschinenaufstand in Dithmarschen.

Anfang September kam es in der Landwirtschaft Dithmarschens (Schleswig-Holstein) zu einem Streik einiger Dreschmaschinisten. Es war nicht viel mit dem Streik, aber die Sozialreaktion benutzte ihn in bestimmter Absicht, um alle möglichen Gerüchte in Umlauf zu setzen. So las man im Zusammenhang mit dem Dreschmaschinistenstreik von Brandstiftungen und ähnlichen Sabotageakten. So was macht eben Eindruck und fördert die sozialreaktionären Pläne.

In Wirklichkeit hat der Streik nur einige Tage gedauert. Er blieb auch ausschließlich auf die Norderdithmarschen beschränkt. Es war nichts anderes, als eine Aktion des neu gegründeten kommunistischen Landarbeitersverbandes. Er hat in Schleswig-Holstein keinen Einfluß. So wollte er von sich reden machen. Er gab gewissermaßen seine Visitenkarte ab. Was dabei für die Landarbeiter herauskam, war den Kommunisten völlig gleichgültig. Das hat der Verlauf des Streiks gezeigt. Mit Recht sagt der „Landarbeiter“, das Organ des Deutschen Landarbeitersverbandes, in einer Besprechung des Streiks, daß sich die Kommunisten in den letzten Jahren in der Landwirtschaft wohl kaum etwas Verbredlicheres als diese Aktion geleistet hätten.

Sie ging ungefähr wie folgt vor sich: Die Kommunisten betrachteten, als die Wanderarbeiter eintrafen, Versammlungen und proklamierten den Streik. Damit hatten sie auch gewissen Erfolg. Die Wanderarbeiter folgten freiwillig oder unfreiwillig der Parole der Kommunisten. Von einer Vorbereitung der ganzen Aktion war nichts zu merken. Das traurige Schauspiel, das man im August auf der Insel Fehmarn erlebte, wo die Kommunisten ebenfalls einen Streik inszenierten, wiederholte sich. Das Einzige, was gründlich vorgenommen wurde, war, daß man schnorrt. Dabei verschmähte man selbst nicht Spenden bekannter Nazis.

Die kommunistische Presse aber hauchte diesen Streik oft in lächerlicher Weise auf. So hieß es in der kommunistischen Presse: „Die Streikfront steht — sieben Maschinen stillgelegt.“

Dieselbe Zeitung, die die Stilllegung von ganzen 7 Dreschmaschinen meldete, mußte aber schon einige Tage später berichten, daß der Streik nämlich zusammengebrochen sei. Das war angehts der „Vorbereitungen“ zu erwarten. Nun mußten die Kommunisten natürlich die große Entschuldigung finden. Zunächst gaben sie als Grund für den Streikzusammenbruch an, daß M-Leute Streikbrecherarbeit verrichtet hätten und die Streikenden durch Polizei abtransportiert worden seien. Dann kam man auf einen anderen Dreh. Dem Arbeitsamt wurde in der kommunistischen Presse vorgeworfen, daß es Streikbrecher vermittelt habe. Das trifft ebenfalls nicht zu und auch in der kommunistischen Presse mußte festgestellt werden, daß das in Frage kommende Arbeitsamt Besseren überhaupt keine Vermittlung von Dreschmaschinisten vorgenommen hat. So mußte man schon etwas anderes suchen. Was liegt aber näher als die Ausrede, der Streik sei durch den Verrat der Bürokraten vom Deutschen Landarbeitersverband verloren gegangen. Selbstverständlich sind das tolle Ausreden, die nur über die Unverantwortlichkeit der ganzen Aktion und über die wahren Ursachen der Pleite hinwegtäuschen sollen.

Wie immer haben die Arbeiter die Suppe auszulöffeln, die die kommunistische Demagogie eingekocht hat. Die Aktion in Dithmarschen ist nicht ohne Folgen geblieben. Die Unternehmer triumphieren heute mehr als je. Stellenweise ist eine weitere Herabsetzung des Lohnes erfolgt. Ferner heißt es, daß einige der am Streik Beteiligten Strafmandate zu erwarten hätten. Das ist das Ergebnis für die Arbeiter!

40-Stunden-Woche im Braugewerbe.

Auch im Reich ein kleiner Lohnausgleich.

W.B. meldet: Die Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände im Braugewerbe über die Verkürzung der Arbeitszeit haben zu einem sehr beachtlichen Erfolg geführt. Es sind bereits 20 Kurzarbeitsabkommen abgeschlossen worden, die sich auf größere Bezirke erstrecken. So umfaßt zum Beispiel das Abkommen für Westfalen, Ostfriesland, Regierungsbezirk Merseburg 193 Brauereien mit 4630 Arbeitern. Die Abkommen sehen eine Arbeitszeit von vierzig Stunden wöchentlich vor. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird in der Weise durchgeführt, daß ein Arbeitstag, gewöhnlich der Mittwoch, ausfällt. Die Löhne ermäßigen sich um etwa 13 bis 15 Proz. Die Verhandlungen in den übrigen Bezirken gehen weiter.

Eisenbahner gegen Lohnabbau.

Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit.

Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Scheffel nahm eine Konferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner Mitteldeutschlands eine Entschliessung an, in der es heißt:

Mit Nachdruck wenden sich mehr als 300 Delegierte des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands als berufene Vertreter der 30 000 in Mitteldeutschland tätigen Reichsbahndienstlichen gegen jeden weiteren Abbau der Löhne und gegen neue Kürzungen der Gehälter in den unteren Beamtengruppen. Sie verlangen eine allgemeine gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit. Dadurch werden die nur für einzelne Gruppen bisher durchgeführten Feierskichten überflüssig, die vor allem deshalb unerträglich sind, weil die Reichsbahngesellschaft große Teile ihres Personals noch wöchentlich zu 54 und mehr Stunden Dienst beansprucht. Die Konferenz betont den ernstlichen Willen der Eisenbahner des mitteldeutschen Bezirkes, den Vorstand des Einheitsverbandes bei dem Kampf für diese Forderungen aktiv zu unterstützen.

832 000 städtische Wohlfahrtsarbeiter!

Unterstützte Arbeitslose müssen nochmals unterstützt werden.

Der Deutsche Städtetag teilt mit: Die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtsarbeitslosen betrug in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (Gesamteinwohner 25 Millionen Einwohner) am 31. August rund 832 000. Gegenüber dem Vormonat (781 000) bedeutet das eine Zunahme

von weiteren 51 000 oder 6,5 Prozent. Den 832 000 Wohlfahrtsarbeitslosen Ende August müssen weitere 18 000 laufend Unterstützte hinzugezählt werden, deren Anerkennungsvorfahren noch schwebt. Von den 832 000 Wohlfahrtsarbeitslosen standen 66 000 in Fürsorgearbeit. Infolge der teilweise Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfürsorge durch die Rotorordnung gewinnt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in diesen Einrichtungen, die von den Gemeinden laufend zusätzlich unterstützt werden müssen, ständig an Bedeutung. Ende August wurden in der gemeindlichen Wohlfahrt bereits 112 000 solcher Zusatzempfänger gezählt. Davon waren 63 000 oder 56,0 Prozent Arbeitsunterstützte.

Hugenbergers Philanthropie.

„Modernes“ Nägenatentum.

Der Deutsche Musikerverband teilt uns über eine eigenartige Geschäftemacherei der Hugenberg'schen Ufa folgendes mit:

„Die Union-Kunst-Film U. G. (Ufa) und die Ufa-Ton-Verlage G. m. b. H. wollen im kommenden Winter musikalische Schlagerwettbewerbe von den verschiedensten Ensembles in Berlin, Breslau, Dresden, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Leipzig, Königsberg und Stuttgart veranstalten. Die Veranstaltungen, das heißt der Wettbewerb, sollen in Form von Matinees in den Ufa-Kinos der betreffenden Städte stattfinden. Zugelassen zur Beteiligung sind öffentlich auftretende Ensembles und Orchester erwerbsloser Musiker. Jedem am Wettbewerb teilnehmenden Kapellmeister soll eine goldene Ufa-Tonmedaille und dem Sieger außerdem eine silberne Plakette, die von der Ufa und dem Ufa-Ton-Verlage gestiftet wird, überreicht werden. Die Einnahmen aus den Matinees will man den Wohlfahrtsämtern zur Unterstützung erwerbsloser Musiker zur Verfügung stellen. In Gehör gebracht dürfen aber nur Sachen des Ufa-Ton-Verlages werden.“

Hier tritt der Hugenberg'sche Geschäftsgeist klar in die Erscheinung. Das Ganze soll unter dem Deckmantel einer sozialen Hilfsaktion für erwerbslose Musiker eine Reklame der reichsten Tonfilmfabrik größten Stils werden. Erst hat man die Musiker durch die Konventionen mit ihren Arbeitsplätzen verdrängen lassen, und jetzt will man die gleichen arbeitslosen hungernden Musiker vor den Reklamewagen der Konzernmusik spannen. Die Not soll also in den Dienst des Kapitals und einer mehr denn fragwürdigen Kunst eingepaßt werden.

Wer erinnert sich nicht da der alten Berge Heines: Und ihre Großmut ist so groß als wie das Loch der Armenbüchse.

Einheitsfront der Wurfmaschinen.

Hohe Gewinne und äußerster Lohndruck.

Wenn es gegen die Arbeiter geht, waren die Unternehmer sich von jeher einig. So hat der jetzige Lohnabbau der Berliner Wurfmaschinenfabriken dazu geführt, daß die Esha-Werke, Berlin-Britz, die unter dem Decknamen A. Heister mehrere Filialbetriebe in Berlin hat, Mitglied des Verbandes der Berliner Fleischwarenfabriken geworden sind.

Die gemeinsame Unternehmerfront ist also hergestellt und der Streik gegen die Löhne und sozialen Bestimmungen hat begonnen. Die Löhne sollen — wenn schon — nicht weniger als 20 bis 40 Pf. pro Stunde oder um 19 Mark wöchentlich abgedaut und außerdem der Urlaub bis zu vier Tagen gekürzt werden. Bei schweren Betriebsunfällen, die in den Wurfmaschinen keine Seltenheiten sind, soll Krankenlohn nicht mehr gewährt werden. Gemütsmenschen!

Wenn bei so provozierenden Forderungen der Wirtschaftsfrieden in den Berliner Wurfmaschinen nicht erhalten wird, trotzt die Unternehmer die Schuld daran. Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß gerade die Herren Wurfmaschinenfabrikanten alle Ursache hätten, etwas leiser zu treten. Kein Gewerbe hat es wohl so verstanden, aus der allgemeinen Not Honig zu lassen wie gerade die Fleischwarenindustrie. Alle Welt weiß, daß die Preisspanne zwischen Ein- und Verkaufspreis noch heute genügt, nicht nur um die Rentabilität der Betriebe aufrecht zu erhalten, sondern darüber hinaus nette Ueberschüsse und Dividenden herauszupringen zu lassen.

Allzu scharf macht schartig. Die freigewerkschaftlich organisierten Belegschaften der Berliner Wurfmaschinen mit Einschluß der Esha-Werke werden den ausgezwungenen Kampf führen. Sie haben nicht die Absicht, dabei die Öffentlichkeit zu übergehen. Denn schließlich hat das Publikum ein Interesse daran, zu wissen, wie die Unternehmer, bei denen sie kaufen, loyal eingestellt sind.

Berliner Kommunalbeamtenbefolgung.

Und Preussische Rotorverordnung.

Die preussische Rotorverordnung beschäftigt sich auch mit den Dienstbezügen, Wartegeldern und Ruhegehaltern der Kommunalbeamten. Sie enthält im 4. Teil die Bestimmung, daß in allen Gemeinden, denen die Aufsichtsbehörde eine Abänderung der Befolgungsordnung verlangt hat und das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, das Verfahren als erledigt gilt. Das Verlangen der Aufsichtsbehörde oder die Entscheidung der Aufsichtsbehörde erster Instanz, wenn sie schon vorliegt, wird rechtskräftig, wenn nicht der Magistrat binnen vier Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung (14. September) das beim Oberverwaltungsgericht gebildete Landeschiedsgericht anruft.

Hierzu ist auch das bei diesem Landeschiedsgericht bereits anhängige Verfahren über die Berliner Befolgungsordnung nunmehr erledigt. Der Magistrat wird allerdings zu prüfen haben, ob er Veranlassung hat, von der Anrufung des Landeschiedsgerichts, die er ja bereits früher beschloß, jetzt Abstand zu nehmen. Da in den Verhältnissen, die für die Stellungnahme des Magistrats maßgebend waren, keine grundsätzliche Veränderung eingetreten ist, wird man erwarten dürfen, daß der Magistrat an diesem früheren Beschluß festhält und das Landeschiedsgericht erneut anruft, zumal da diese Anrufung keine aufschiebende Wirkung besitzt.

Konferenz der Fabrikarbeiter.

Im Bezirk Brandenburg.

Am Sonntag waren im Berliner Gewerkschaftshaus die Zahlstellenleiter des Verbandes der Fabrikarbeiter Berlins und der Provinz Brandenburg versammelt. Der Hauptvorstand war durch Köhler und der Keramik-Bund durch Gränzel, der ADGB durch Bollmerhaus vertreten.

Dr. Karl Landauer hielt ein instruktives Referat über die Weltwirtschaftskrise und den Kapitalismus.

Vom Verbandsrat in München berichtete Kerstan-Rottbus. Die Beschlüsse wurden, obwohl sie zum Teil sehr einschneidender Natur waren, von der Konferenz gebilligt. Die Zahlstellenleiter der Provinz Brandenburg sind sich darin einig, daß gerade in der Krisenzeit darauf geachtet werden muß, die Kampf- und Aktionsfähigkeit der Organisation zu erhalten. Den in den Ruhestand getretenen Genossen August Breg und Ernst Gierbig dankte die Konferenz für ihre mühevollen Arbeit im Dienste der Organisation.

Der Verlauf der Konferenz war ein Beispiel für die innere Geschlossenheit der Organisation und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Fabrikarbeiter. Kohl betonte in seinem Schlusswort die enge Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und Partei und die Notwendigkeit des gemeinsamen Zusammenarbeitens, damit wir uns gegen die Widerwärtigkeiten der heutigen Zeit behaupten, neue Kräfte sammeln und erfolgreich vorstoßen können.

Kommunistischer Schwindel.

Durch die kommunistische Tagespresse macht ein Artikel die Runde, in dem unter anderem behauptet wird, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker in den letzten Wochen durch Verkauf von Wertpapieren Hunderttausende Mark Gewerkschaftsgelder verloren habe. Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stellt dazu fest, daß an dieser Schauermar kein wahres Wort ist. Weder sind vom Hauptvorstand oder einer seiner Gaukasten in den letzten Wochen überhaupt Wertpapiere verkauft, noch sind solche jemals zu einem früheren Zeitpunkt mit Verlust abgetoßen worden.

Selbstliches Oddeh. SPD-Fraktion, Freitag, 20 Uhr, 21. August, Jahnplatz, 9. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.
SPD-Genossen des Gesamtverbandes beim Bezirksamt Potsdam. Freitag, 19 Uhr, Lokal Geob. Flora, 56. Oberrichter, Fraktionsversammlung. Referat des Genossen Hans Pleitner über: „Die wirtschaftspolitische Lage“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten.

Freie, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Lesung: Arbeiterkassen?** Jugendheim (Hauptstr. 14 (9. Zimmer), Gortz). **Jugend und Gewerkschaft.** Referent: Bier. **Dienstag: Jugendheim der Schule Wilmersdorf.** Referent: Kuhn. **Freitag: Jugendheim der Schule Wilmersdorf.** 20 (Jugend von der Gröckstraße in Treptow). **Freitag: Neue Zeit — neue Menschen.** Referent: Rothom. **Die Feine Angehörigen-Paar e. G. m. b. H.** hat von 20 bis 22 Uhr im Verbandsheim. **Jugendkonferenz** am 20 Uhr im großen Sitzungssaal unseres Verbandsheims. **Wieder** wird für die Volkshochschulbildung für die arbeitende Jugend im Jugendheim.

Verantwortlich für Politik: Siegfried Schäff; Wirtschaft: G. Klingelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Heiner; Familien: Dr. John Schönmüller; Soziales und Gesundheit: Fritz Rastbach; Wissenschaft: Ed. Glöck; Jüdisch in Berlin: Berlang; Betriebs-Berater: G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Senz u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3, Stern 2 Bldg.